

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag II, Petránska 15 • Teleph.: 26795, 31469, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33658 • Postamt: 57544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 13. Juli 1933

Nr. 161.

Die „Prager Vereinbarungen“ bis Ende 1933 verlängert.

Ein Erfolg der Bergarbeitervertreter. Die Kommunisten als „Horchposten“.

Prag, 12. Juli. Heute wurde im Arbeitsministerium nach zweitägiger Dauer und nach hartnäckigen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern die Verlängerung des sogenannten Prager Abkommens vom April 1932 über den Schutz gegen Massenentlassungen im nordwestböhmischen Bergbau bis zum 31. Dezember 1933 ohne wesentliche Änderungen abgeschlossen.

An den Verhandlungen, die Ministerialrat Dr. Kurz leitete, nahmen Vertreter des Vereins für bergbauliche Interessen von Nordwestböhmen und Vertreter der Bergarbeitergewerkschaftsorganisationen sowie Vertreter des Revierrates in Brüx teil.

Das Abkommen bringt für die Bergarbeiter ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Es gelang den Unterhändlern, die von den Unternehmern mit größtem Nachdruck verlangte Lohnreduzierung, die bei vier Schichten 6 Prozent, bei fünf Schichten 9 und bei sechs Schichten wöchentlich sogar 12 Prozent betragen sollte, abzuwehren; ebenso wurde die Forderung der Unternehmer nach Aufhebung der sechsständigen Schichtzeit am Samstag und Reduzierung der Sonntagszulagen sowie der Ueberstundenzulagen restlos abgewehrt.

Zu Massenentlassungen wird es auch im kommenden Halbjahr nicht kommen. Einzelkündigungen, die bisher schon in einem beschränkten Ausmaß zulässig waren, werden auch künftig nur in einem beschränkten, für jeden Betrieb gesondert festgesetztem Maße zulässig sein.

Wie wir bereits kurz berichteten, begannen Dienstag unter dem Vorsitz des Ministerialrates Dr. Kurz im Ministerium für öffentliche Arbeiten die Verhandlungen über die Verlängerung des Prager Abkommens vom 14. April und 15. Dezember 1932. Diese Vereinbarung, die in der Hauptsache für die nordwestböhmischen Bergarbeiter einen Schutz gegen Massenentlassungen bildet, ist mit 30. Juni d. J. abgelaufen. Vor Ablauf derselben fanden bereits zwei ergebnislose Verhandlungen zwischen den Vertretern der Vertragskontrahenten und den Vertretern des Vereins für bergbauliche Interessen in Nordwestböhmen statt, die lediglich eine unveränderte Verlängerung dieses Abkommens bis 14. Juli bezweckten.

Die von den Unternehmern beantragten Änderungen der Vereinbarung, die auf die Festlegung eines 10prozentigen Belegschaftsabbau und einer stufenweisen Abänderung der Wochenverdienste hinausliefen, die bei vier verfahrenen Schichten um 6 Prozent, bei fünf Schichten um 9 Prozent, bei sechs und mehr verfahrenen Schichten um 12 Prozent herabgesetzt werden sollten, konnte von den Vertretern der beteiligten Organisationen nicht angenommen werden. Nebenbei forderten die Vertreter der Unternehmer den Abbau der Sonntagszulagen von 50 auf 25 Prozent und die Herabsetzung der Ueberstundenzulage von 25 auf 10 Prozent, sowie die Ersetzung der sechsständigen Samstagsschicht durch eine achtsündige.

Da auch keine Aussicht bestand, zwischen den beiden Streitparteien eine Annäherung zu erzielen, wurde das Ministerium für öffentliche Arbeiten von den Arbeiterorganisationen um Vermittlung angerufen.

Mit den am Dienstag begonnenen Verhandlungen ist das Ministerium dem Wunsche der Vertragskontrahenten nachgekommen. — Die neben den Vertragsorganisationen noch stehenden Bergarbeiterorganisationen der Kommunisten und Sakentruyer hatten bei dem Verein für bergbauliche Interessen um Teilnahme an den Verhandlungen angefragt; erstere hatten ihre eigenen Forderungen aufgestellt. Beide wurden von den Vertretern der Unternehmer mit dem Hinweis, daß sie nur mit den Vertragskontrahenten verhandeln, abgewiesen.

Die Kommunisten wetteten seither über die „Geheimverhandlungen“ der „reformistischen“ Führer mit den Unternehmern und machten alle Anstrengungen, um eine Teilnahme an denselben zu erzielen. So erschienen sie am Freitag, den 7. Juli, im Arbeitsministerium und baten, an den Verhandlungen teilnehmen zu können, worauf ihnen dies durch das Ministerium gestattet wurde.

So fanden sich auch Dienstag neben den Vertretern der Vertragsorganisationen, die kommunistischen Sekretäre Malil und Rosel bei den Verhandlungen ein. Mit dieser Zulassung ist den Herren Kommunisten anscheinend ein Strich durch ihre Rechnung gemacht worden, denn sie beanützten sich bei den Verhandlungen mit der Rolle des Horchpostens und bemühten sich erst gar nicht, ernstlich in den Gang der Auseinandersetzungen einzugreifen.

Auch den Mut, zu beantragen, daß über ihre Forderungen verhandelt werden solle, haben sie nicht aufgebracht. Hingegen bemühen sie sich in ihren Blättern, den Bergarbeitern wieder einmal gründlich die Augen auszuwaschen. Das „Rude Pravo“ vom 12. Juli versucht, den Bergarbeitern weiszuwaschen, daß die Beschlüsse ihrer am 9. Juli in Brüx stattgefundenen „Einheitskonferenz“, wonach gleich Montag Belegschaftsversammlungen stattfinden und von diesen Telegramme mit der Forderung nach Zulassung von Vertretern des kommunistischen Industrieverbandes der Bergarbeiter an das Ministerium abgeschickt werden sollten, erfolgreich waren. Von dem Statistenden der demonstrativen Belegschaftsversammlungen ist der Dessenhaftigkeit zwar nichts bekannt geworden, hingegen aber wurde bekannt, daß beim Ministerium wirklich Montag einige Telegramme einlangten.

Die Kommunisten haben es also verstanden, wieder einen „Erfolg“ zu konstruieren: sie ließen am Sonntag, den 9. Juli, ihre „Einheitskonferenz“ Beschlüsse fassen, um ihre Zulassung zu den Verhandlungen durchzusetzen, wobei sie aber seit Freitag, den 7. Juli, diese Zulassung schon in der Tasche hatten! Ein Kommentar hierzu erübrigt sich wohl...

Aus demselben Konferenzbericht ist zu ersehen, daß auch schon ein fünfgliedriges Verhandlungskomitee gewählt wurde, dessen Zulassung zu den Verhandlungen die Kommunisten Sekretäre in ihrem Schred darüber, daß sie selber zugelassen wurden, zu fordern, höchstwahrscheinlich vergessen haben. Die Kommunisten hatten scheinbar eine Ablehnung ihrer Forderung auf Zulassung zur Verhandlung erhofft, um wieder eine Zeit lang mit Agitationsmaterial versorgt zu sein!

An den Verhandlungen, die sich Dienstag über den ganzen Tag erstreckten, nahmen für die Union der Bergarbeiter die Genossen Zimmer, Zwonof und Schaffarsch, von „Svaz horníků“ die Genossen Aba, Brožík und Souček, von der „Jednota horníků“ Mach und Suchopar, von dem „Národní sdružení“ Setry und Pošta und für den Revierrat Genosse Demel, als Vertreter der Bergarbeiter teil. Von dem Verein für bergbauliche Interessen waren Zentraldirektor Löker, Dr. Cermak, Dir. Karlik, Svoboda und Dir. Galler, Dr. Pospisil und Dir. Gebauer anwesend.

Zu Beginn der Verhandlungen gab Ministerialrat Dr. Kurz einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte der Vereinbarung, um deren Verlängerung von den Arbeitervertretern ange-

sucht wurde. Hierauf ergriß Zentraldirektor Löker das Wort und begründete die Forderungen der Unternehmer mit dem Hinweis darauf, daß deren Erfüllung in Anbetracht der krisenhaften Auswirkungen im Bergbau eine unumgängliche Notwendigkeit sei.

Sodann nahm Genosse Zimmer eingehend zu den Wünschen der Unternehmer Stellung. An Hand eines reichhaltigen statistischen Materials bezugte er, daß die Bergarbeiter in der Zeit der Wirtschaftskrise schon genügend Opfer gebracht haben und außerstande sind, noch welche zu ertragen. Durch die durchschnittliche Leistungssteigerung per Kopf und Schicht sind die Lohnkosten zurückgegangen, was den Unternehmern zugute kam. Der Abfall an Kohle hat sich leider vermindert, doch haben es die Unternehmer bisher verstanden, sich schadlos zu halten, wie aus den erzielten Reingewinnen der einzelnen Unternehmungen hervorgeht. Eine Entlassung größeren Umfangs als des natürlichen Abgangs ist bei den bestehenden Verhältnissen unmöglich. Der natürliche Abgang könnte wohl größer sein und es hätten sich die überzähligen Belegschaften gewiß stärker vermindert, wenn inzwischen von den einzelnen Unternehmern nicht Reuaufnahmen erfolgt wären.

Genosse Zimmer erklärte zusammenfassend, daß die Forderungen der Unternehmer in Bezug der Verlängerung der Vereinbarung unannehmbar sind. Im selben Sinne spricht auch Abgeordneter Sen. Brožík.

Im Verlaufe der Aussprache und nach einer Unterbrechung der Beratung zwecks Stellungnahme der Unternehmervertreter zu den aufgeworfenen Fragen wurden in einigen Punkten bezüglich stillschweigender Änderungen der Vereinbarung eine Einigung erzielt. Am Ende der Verhandlungen des Dienstag hatten die Unternehmer ihre Forderung in Bezug auf Regelung der Löhne so abgeändert, daß sie einen Abbau bei vier Schichten um 5 Prozent, bei fünf Schichten um 8 Prozent, bei sechs und mehr Schichten um 10 Prozent beantragten, sowie auf die Reduzierung der Sonntags- und Ueberstundenzulage verzichteten.

Nach Schluß des ersten Verhandlungstages berieten sodann noch die Vertreter der Arbeiter über die abgeänderten Anträge.

Mittwoch wurden um 9 Uhr vormittag die Verhandlungen wieder aufgenommen. Im Namen der Arbeitervertreter gaben die Genossen Zimmer und Brožík neuerliche Erklärungen in der Richtung ab, daß auch die abgeänderten Vorschläge für die Bergarbeiter untragbar seien.

Im Verlaufe der vormittägigen Verhandlungen wurde nach zweimaligen Unterbrechungen wegen Separatberatungen der Unternehmervertreter eine Einigung dahingehend erzielt, daß ein engerer Ausschuß eingesetzt wurde, welcher im Verlaufe des Nachmittags die Verhandlungen fortsetzte, um einen gangbaren Weg zu finden. In diesen Sonderausschuß wurden die Genossen Zimmer und Brožík, sowie Zentraldirektor Löker und Direktor Galler entsendet.

Am 17. Juli um 17 Uhr anberaumten Vollsitzung legte Ministerialrat Dr. Kurz die vom Sonderausschuß ausgearbeitete Vereinbarung vor, welche nach kurzer Diskussion einhellig akzeptiert wurde. Nur die Vertreter des kommunistischen Industrieverbandes erbatene sich eine Bedenkzeit; sie wollten gegebenenfalls die Vereinbarung am Revierbergamt in Brüx unterschreiben.

Die Vereinbarung stellt ein befriedigendes Verhandlungsergebnis für die Bergarbeiter dar, da es ihren Vertretern gelang, die Forderungen der Unternehmer abzuwehren.

Die Vertrauensmänner der Union der Bergarbeiter Nordwestböhmens, werden in der am Sonntag, den 16. Juli in Teplitz stattfindenden Revierkonferenz zu dem Ergebnis Stellung nehmen.

Eine „Saar-Abteilung“ beim Ley.

Berlin, 12. Juli. (Continued.) Dr. Ley hat folgendes verfügt: Hiemit ordne ich die Einrichtung einer Saarabteilung bei der obersten Leitung der NSDAP an. Sie dieser Abteilung ist Berlin. Zum Leiter der Abteilung ernenne ich den Parteigenossen Dr. Heinrich Schneider aus Saarbrücken, zur Zeit in Berlin. Parteigenosse Dr. Schneider ist mir persönlich unterstellt.

Früherer Nazi-Minister Franzen verhaftet.

Hamburg, 11. Juli. Der frühere nationalsozialistische Staatsminister in Braunschweig, Rechtsanwalt Franzen, der sich nach seinem sensationellen Ausscheiden aus dem Amt und aus der Partei als Advokat in Kiel niedergelassen hatte, ist gestern auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei verhaftet worden unter der Beschuldigung, die neue Regierung beschimpft zu haben.

Weltblockade gegen Deutschland?

Das Zurückfallen Deutschlands in die Welt des Mittelalters, das behördlich angeordnete Auslösen der letzten 100 Jahre, die vandalenartige Zertrampelung sämtlicher schwer erarbeiteter Kulturgüter und die Abkehr von der Zivilisation haben das Weltwissen aufgerüttelt. Niemand kann Kultur Eigentum eines Landes werden, es ist Besitzgut der ganzen Welt. Und wenn sich ein Volk an diesen Kulturgütern vergeht, wenn es sich, wie jetzt Deutschland außerhalb der Zivilisation stellt, so muß es eben dementsprechend behandelt werden.

Der Weltboykott gegen Deutschland setzt allmählich überall mit erschreckender Vehemenz ein. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß die Boykottstimmung abgeflaut ist. Gewiß, die Wirkungen sind nicht sofort zu spüren. Weder im Ausland noch in Deutschland selbst. Die Zeitungen draußen dürfen nichts davon schreiben, daß der 1. April Deutschland für drei Milliarden Auftragsaufträge gekostet hat, sie dürfen ihren Lesern nicht mitteilen, daß es keinen Belhandel in Leipzig mehr gibt, daß innerhalb von 14 Tagen der ganze Handel von Rußland und Kanada über Paris und London geleitet wurde und der Umsatzenstand für den Sammelhandel 750.000 Pfund, für den Einzelhandel fast acht Millionen Pfund beträgt, daß Hamburg kein Welthafen mehr ist, weil das gesamte Ausland keine deutschen Spediteure mehr in Anspruch nimmt, sondern lieber über Göttingen transportiert, daß fünf Millionen Registriertertonnen auf Transporte warten und die Passagierdampfer zu 60 Prozent eingestellt sind, daß ausländische Frachten nicht mehr der deutschen Reichsbahn anvertraut werden, wodurch im Monat Mai schon 17½ Millionen Mark Frachtausfall entstanden, daß die deutsche Industrie heute nur noch über stornierte Aufträge verfügt, daß sie das restliche Rohmaterial aufarbeitet und die Fertigfabrikate zu Schleuderpreisen im Ausland anbietet, daß die innerdeutsche Kaufkraft infolge des sinkenden Lohnniveaus ständig abnimmt und daß bald nicht einmal mehr die Kartoffeln und die Mehlsuppe, die infolge der Lebensmittel-Autarkie in Deutschland Mehrheitskost wurden, gekauft werden können.

Die Anstrengungen, die man in Deutschland zweifellos auf Anraten der Regierungstellen macht, um Devisen hereinzubekommen und sich durch sie die notwendigen Rohstoffe zu beschaffen, sind phantastisch. Die Schleuderpreise sollen die ausländischen Kunden locken. Hamburger Spediteure bieten heute schon Eisenbahntarife an, die ebenso billig wie die Wassertarife sind, die noch vorhandenen Fertigfabrikate kann man durchschnittlich um 30 Prozent unter dem Weltmarktpreis kaufen. Wie lange? Bis sich das Ausland gegen das Dumping wehrt oder die paar Reste aufnimmt. Und dann?

Man muß sich persönlich davon überzeugen haben, wie tief schon der Boykott deutscher Waren und Arbeit bis in das kleinste Nest eindringt, um zu wissen, welcher furchtbarer Schlag gegen das Deutschland von heute geführt wird. Ob in Spanien oder Griechenland, in Ungarn oder Rumänien, von Frankreich, England und Amerika ganz zu schweigen, in Polen, Jugoslawien oder der Tschechoslowakei, überall ist mit dem Boykott begonnen worden. Bald wird es so weit sein, daß im fernsten Winkel der Welt das kleinste Kind sich scheut, einen Bleistift deutschen Fabrikats zu kaufen. Es kommt vor, daß Leute für viele Artikel lieber mehr bezahlen, als die billigeren deutschen Waren zu nehmen, daß man nichts kauft, was deutschen Ursprungs ist. Man will nichts mit einem Land zu tun haben, das alles, was es an Geist und an Kultur besaß, ausstößt und es durch Ungeist,

Roheit und Brutalität, mit einem nationalen Mantelchen umhüllt, erhebt. Auch mit gefälschten Export- und Arbeitslosenziffern läßt sich die wirtschaftliche Katastrophe nicht aufhalten. Dabei spielt die Währungsfrage, die innere Inflation, die geringste Rolle. Sie ist nur Begleiterscheinung, die zu Preiserhöhungen im Inland führt, ohne daß mit den höheren Schritten gehalten werden kann.

Die zweite Weltblockade, die jetzt gegen Deutschland geführt wird, hat eine abermalige Unabhängigmachung von vielen deutschen Produkten, die bisher das Ausland importieren mußte, zur Folge. So macht sich Amerika von den J. G. Farben unabhängig, die trotz Kriegsmittelproduktion ständig Arbeiterentlassungen vornehmen muß, so erstehen in der Tschechoslowakei Bleistiftfabriken, in Budapest, Wien und Prag beginnt man mit der Filmproduktion in erhöhtem Maße, da deutsche Filme vom Publikum sabotiert werden, landwirtschaftliche Maschinenfabriken und Elektrizitätswerke baut man in Spanien und Rumänien. Die Länderbehörden unterstützen die Neuschaffungen eigener Industrien, helfen, den deutschen Handel vom gesamten Ausland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell abzuschneiden.

Schon einmal hat man in Deutschland erlebt, was es heißt, auf sich allein angewiesen zu sein. Man weiß noch genau, wie der Hunger wie er, wie die Ersatzwaren nicht genügen, die allernotwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei war die wirtschaftliche Lage damals noch um Vieles besser als heute. Keine Millionenheere von Arbeitslosen hungerten herum, die Fabriken arbeiteten noch mit Hochdruck.

Nun wird Deutschland vom Ausland zur Autarkie gezwungen werden. Man verzichtet auf den Export nach Deutschland freiwillig. Herr Hitler und seine Freunde können sich zu diesem Erfolge gratulieren. Das betrogene Volk wird vielleicht zu spät erkennen, daß es auf Schwindler hereingefallen ist. Wenn Herr Hitler denkt, durch Beschäftigung der deutschen Rüstungsindustrie der autarkischen Wirtschaft Auftrieb verleihen zu können, so wird er bald eines Besseren belehrt werden. Mit welchem Geld will er Rohstoffe kaufen? Die innere Inflation bedeutet doch nur ein Hinauszögern des vollkommenen Zusammenbruchs und das Ausland nimmt vorläufig nur deshalb keine Kenntnis vom Notendruck, weil es hofft, seine in Deutschland investierten Gelder doch irgendwann noch retten zu können.

Es ist offensichtlich, daß die verantwortlichen Stellen in Deutschland wieder einmal die ganze Welt in die Schranken fordern. Diesmal nicht mit den Waffen in der Hand, sondern mit der bedeutend gefährlicheren Waffe der Wirtschaft. Hajardeute können kein gewagteres Spiel treiben, als es jetzt die Hitler, Göbbels, Göring und Konforten tun. Beladen mit der Verantwortung für ein 60 Millionen-voll, das sie in wenigen Wochen in der Welt unmöglich machen, wollen sie ihren Willen um jeden Preis durchsetzen. Sie haben den Boykott gegen Zivilisation und Kultur in Szene gesetzt, nun müssen sie den Boykott für Zivilisation und Kultur über sich ergehen las-

Auch der Senat in Ferien.

Das restliche Programm bis auf die Ministerverantwortlichkeit erledigt.

Prag, 12. Juli. Der Senat hat heute nachmittags in sechsstündiger Sitzung die restlichen Punkte des Ferienprogramms bis auf das Ministerverantwortlichkeitsgesetz erledigt und sich dann über die Ferien verlagert. Fast bis zum letzten Moment waren Gerüchte im Umlauf, daß die tschechischen Agrarier mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen innerhalb der Regierung über das Genter System nicht nach ihrem Wunsch verlaufen, Schwierigkeiten machen und die Verhandlungen, bezw. Abstimmungen verschieben wollen. Doch traten die befürchteten Komplikationen — im Gegensatz zu früheren Jahren — diesmal nicht ein und das Haus konnte noch einen Tag früher, als ursprünglich beabsichtigt, in die Ferien gehen.

Der erste Punkt der Tagesordnung, die Verlängerung der Steuerbegünstigungen nach dem Gesetz über die Arbeitsanleihe, wurde nach einem Debatteredner erledigt. Der Referent Modraček verdolmetschte den Wunsch des Ausschusses, daß die Regierung ein ausführliches Verzeichnis über die vergebenen Arbeiten veröffentlichen.

Die Verschärfung der Dienststrafmatril

Die Preistreiber der Kartelle.

Genosse Dr. Heller gegen Wirtschaftsanarchie, aber auch gegen die Diktatur der Kartelle.

Bei der Beratung des Kartellgesetzes war Kofka (UBS.) geradezu ängstlich besorgt, daß das Gesetz ja nicht etwa zu „radikal“ durchgeführt werde; dabei den Kartellen ein härteres geträumt werde; heute handle es sich nicht um die Herabsetzung der Preise, sondern um ihre Erhaltung. Er wünschte ferner, daß nicht nur die Kartellvereinbarungen, sondern auch die Lohnabkommen registriert werden.

Benzel (Nat.-Soz.) redet von „wahrer demokratischer Wirtschaftsautonomie“ und erklärt die Vorlage rundweg als eine „Strafexpedition gegen die Kartelle mit völligem Ausschluß wirtschaftlicher Fühlungsnahme“. Bezeichnend ist auch seine spätere Erklärung, seine Partei stehe auf dem Standpunkt, daß der Staat verpflichtet sei, für die Erhaltung des Privatkapitals zu sorgen. (Sein Herr und Meister Hitler besorgt ja diese Aufgabe in Nazi-Deutschland auch tatsächlich mit der größtmöglichen Hingebung!)

Genosse Dr. Heller

legte daraufhin in ganz offener Weise unseren Standpunkt zum Kartellgesetz dar. Hier wie überall ist der Schutz der Arbeiterinteressen für uns allein maßgebend. Er brachte ein erdrückendes Material über die preistreibende Wirkung der Kartelle vor, erhob anlässlich der bevorstehenden Gründung des Hohlglasartikels prinzipielle Forderungen zum Schutz der Konsumenten und Arbeiter und erklärte zum Schluß, daß wir volle Publizität

haben, nun müssen sie mit ihrer „Autarkie“ und ihrem Terror einen Verweissungskampf kämpfen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann.

für Staatsangestellte brachte eine längere Debatte mit sich.

Der Referent Panek war mit dem Titel „über die Verfolgung der antisozialistischen Tätigkeit der Staatsangestellten usw.“ nicht recht einverstanden, weil dieser den Eindruck erwecke, daß in der Staatsadministrative etwas nicht in Ordnung wäre.

Die deutsche Opposition einigte sich auf eine Erklärung Stolberg, in der ausdrücklich zugegeben wurde, daß es diesen Parteien fern liege, durch die Ablehnung der Vorlage Leute in Schutz zu nehmen, die sich in offenkundiger Weise gegen die Sicherheit des Staates und gegen seine Gesetze vergehen. Dazu würden aber die bestehenden Gesetze ausreichen.

Saken (Komm.) verlas eine Erklärung seiner Partei zu den Spionageprozessen gegen Kommunisten. Er erklärte, daß sich die R.P.C. nicht mit Spionage befasse; man wolle sie aber auf diese Weise um ihre legale Existenz bringen. Der tschechische Rationalsozialist Hubla geriet in scharfe Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, als er an ihre Adresse erklärte, wer „revolutionärer“ Gesinnung sei, möge dies durch die Tat beweisen, dann aber auch die Konsequenzen tragen.

der Kartellverträge als erste Voraussetzung dafür anstreben, daß auch die eventuellen guten Seiten der Kartelle zum Ausdruck kommen; eine Diktatur der Kartelle an Stelle der bestehenden Wirtschaftsanarchie lehnen wir ebenso entschieden ab.

Genosse Dr. Heller erklärt, das Gesetz lediglich als eine unzulängliche Abschlagszahlung zu betrachten. Wir sehen damit die Frage der Kartellgesetzgebung keineswegs als erledigt an; man wird auf dem begonnenen Wege fortfahren und, wenn schon Kartelle im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht zu vermeiden sind, das Kartellwesen wenigstens so regeln müssen, daß seine Auswirkungen für die konsumierende und arbeitende Bevölkerung erträglich gestaltet werden.

Wir als Arbeiterpartei können die Vorlage nur von dem Standpunkt der breiten Massen des arbeitenden Volkes ansehen. Wir befinden uns in der Beurteilung des Gesetzes somit in direktem Widerspruch zu dem, was Herr Senator Kofka hier angeführt hat. Während er es als Vorteil hinstellte, daß die Einschickung in das Kartellregister — das heißt, in die dazugehörige Urkundensammlung nur den zuständigen Ministerien gestattet und das Verfahren vor der Schlichtungskommission und den Kartellgerichten geheim ist, sehen wir in diesen Bestimmungen einen Nachteil. Wenn schon den Kartellen der Vorteil der Legalität eingeräumt wird, so wären andererseits die nachteiligen Folgen der Kartellbildung nur durch die größtmögliche Publizität der Kartellverträge zu paralysieren. Gerade in dieser Öffentlichkeit sehen wir ein Korrektiv gegen die nachteiligen Wirkungen der Kartelle in bezug auf die Preisbildung und die Arbeitslöhne.

Die Erfahrungen aus der Praxis lehren uns,

daß Kartelle, wo immer sie sich bilden, preistreibend gewirkt haben.

Kofka: Sie haben auch Lohnaufbejsernd gewirkt!

Dr. Heller: Nicht immer; im Gegenteil sehr häufig Lohnverschlechternd! In der letzten Zeit sind noch Rationalisierungsbestrebungen der Kartelle hinzugekommen, es wurden direkt Kartelle zu dem Zwecke geschlossen, um Betriebe stillzulegen und zu konzentrieren, wogegen naturgemäß tausende und abertausende Arbeiter arbeitslos geworden sind.

Was die Preisbildung anbelangt, so möchte ich doch einige Ziffern anführen, die genau aufweisen, in welcher Weise die Kartelle auf Kosten der Inlandskonsumenten den Export fördern und wie sich der Einfluß, den die Kartelle auf Verwaltung und Gesetzgebung — namentlich auf die Zollgesetzgebung — genommen haben, ungeheuer preistreibend auswirkt:

Nehmen Sie das berühmte Beispiel, den Zucker, den wir hier im Inland mit 600 Kronen bezahlen, während derselbe bei uns erzeugte Zucker in England mit 60 Kronen bezahlt wird. Das Papier wird durch die Zölle im Inland auf 250 Kronen hinaufgetrieben, während das gleiche Papier unserer inländischen Fabriken im Ausland um 80 Kronen verkauft wird. Das Stangenblech kostet bei uns infolge der Kartelle 136 Kronen, während belgisches Eisen in Belgien 41 Kronen kostet. Vandeisen kostet bei uns 184 Kronen, in Belgien 50, Kohle 185, bzw. 68 Kronen. Steinkohle kostet bei uns 16 Kronen, in England 6 Kronen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß durch so hohe Preise auch die Kaufkraft der Bevölkerung und der Absatz im Inland leiden muß. Ein Gutteil des Rückganges der Industrie ist darauf zurückzuführen, daß wir für die Rohprodukte, aber auch zum Teil für die noch zu veredelnden Produkte so hohe Inlandpreise zahlen müssen, daß die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie in den Fertigwaren gegenüber dem Ausland ungeheuer leidet.

Wenn Herr Kofka vorhin von den „segensreichen“ Wirkungen der Kartelle sprach und auf meinen Einwand, was denn mit dem Papierkartell sei, antwortete, wir sollten doch froh sein, daß es noch eine Industrie gibt, die leben kann, so frage ich ihn, was denn dieses Kartell in den zwei Jahren seines Bestehens gemacht hat? Es hat eine große Anzahl von Fabriken stillgelegt, bezahlt seinen Besitzern Millionen Abschreibungen und Renten; das kann es natürlich nur zahlen, weil es den Papierpreis ungeheuer in die Höhe getrieben hat. Und die Folgen? Alle papierverarbeitenden Industrien werden konkurrenzunfähig, Tausende von Arbeitern der stillgelegten Fabriken wurden arbeitslos. Wenn ich nun die Vorteile für ein paar Papierfabrikanten in Beziehung setze zu den ungeheueren Nachteilen, die dieses Kartell über die Industrie und die Industrie-arbeiterhaft gebracht hat, so kann ich beim besten Willen nicht mit Herrn Kofka „froh“ sein, daß „es noch Industrien gibt, die leben können!“

Die lange Leide unsere Volkswirtschaft schon unter den Verhältnissen in der Eisenindustrie, unter der Monopolstellung der chemischen Industrie sowie dadurch, daß die Zementindustrie durch Kartelle geschützt ist!

Bei der Zementindustrie nützt uns auch eine Zollherabsetzung nicht viel, weil eine Einfuhr wegen der relativ sehr hohen Frachtkosten wenig in Betracht kommt. Hier zeigen sich die nachteiligen Wirkungen der Kartelle in ihrer ganzen Deutlichkeit! Und das spürt jeder von uns am eigenen Leibe, nicht nur wegen der direkten Verteuerung, sondern wegen der Verteuerung der gesamten Fertigindu-

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig

Alle Rechte vorbehalten

„Hilf mir Martin mit dem Mantel zurück. Er trug ihn so über den Arm, daß das Seidenfutter zum Teil nach unten sah. Als Martin an Lillian vorbeiging, wurde ihr Gesicht um einen Schein blässer, das Monogramm des Mantels hatte ihr deutlich die Buchstaben R. G. gezeigt. Letzte Zweifel in ihr zerfielen.“

Der Inspektor durchsuchte die Manteltaschen, Lillian lauschte, ob nicht irgend ein bekannter Name, ein Wort, das, wenn auch noch so magere Aufschlüsse gäbe, an ihr Ohr klingen wollte. — Nichts!

„Der Mann muß ja schließlich irgendwo gemeldet sein! Die ersten Abgangskarten zeigen morgen früh werden hoffentlich verschiedene Orientierungsmöglichkeiten geben. Herr Martin!“

„Bitte sehr!“

„Ja.“

„Wann kam die Dame?“

„Ich habe die Dame nicht kommen sehen.“

„Hat das Separate nur diesen einen Eingang?“

„Ja, Herr Inspektor.“

„Wann geboren? Genau!“

„Am 16. März 1900.“

„Wo?“

„In Innsbruck.“

„Staatsangehörigkeit?“

„Österreicherin.“

„Seit wann sind Sie hier?“

„Seit Juli dieses Jahres.“

„Wo waren Sie, ehe Sie zu uns kamen?“

„Ich war bis 1919 bei meinen Eltern, dann zum Studium in Zürich und Berlin, im Jahre 1922 ging ich in mein erstes Engagement nach Breslau, 1923 nach Graz und jetzt bin ich mit einem zweijährigen Kontrakt hier.“

„Das heißt, Ihr Vertrag hier läuft im Sommer 1926 ab.“

„Ja.“

„Leben Ihre Eltern noch?“

„Ja.“

„Beruf des Vaters?“

„Oberbaurat.“

„Staatsbeamter?“

„Ja.“

Die drei Herren der Untersuchungskommission verließen das Separate, ein Wachposten wurde vor die Türe gestellt, der Arzt gab ihm einige Anordnungen.

„Kann ich jetzt gehen?“ fragte Lillian den Inspektor.

„Herr Kommissär“, sagte dieser, „hier ist die Dame, die man bei dem Toten antraf. Sie behauptete, diesen nicht zu kennen.“

Der Kommissär sah Lillian scharf an. „Das ist wohl Ihre Handtasche?“

„Ja.“ Lillian griff danach.

„Ich kann sie Ihnen noch nicht aushändigen.“

„Gehört diese Tabatiere Ihnen?“

„Nein.“

„Wir fanden sie in Ihrer Handtasche, die auf dem Tische liegen geblieben war. Sie trägt die Buchstaben R. G., dieselben Buchstaben, die in den Taschentüchern, in der Wäsche und im

Mantel des Toten zu finden sind. Die Tabatiere ist also zweifellos aus seinem Besitz. Wofür befindet sich die Tabatiere in Ihrer Tasche?“

„Ich habe . . . sie bekommen . . . heute abend . . . in einem Briefe . . .“

„Beißt das, daß der Tote sie Ihnen geschenkt hat?“

„Geschenkt . . . eigentlich ja . . .“

„Bitte wollen Sie uns den Brief zeigen?“

„Ich habe ihn nicht mehr, ich habe ihn vernichtet.“

„Wo?“

„Im Theater. In meiner Garderobe.“

„Dann man ihn nicht noch finden? Vielleicht kann man die zerrissenen Stücke zusammensetzen.“

„Nein. Ich habe sie in den Eimer geworfen, in dem Wasser war. Außerdem hatte der Brief keine Unterschrift.“

„Sehr unklug von Ihnen“, sagte der Kommissär langsam, „den Brief zu vernichten. In dem Brief soll sich also die Tabatiere befunden haben. Wofür wußten Sie, von wem sie kam, wenn keine Unterschrift . . .“

„Der Brief war mit R. G. unterzeichnet und enthielt die Aufforderung, hierher zu kommen.“

„Und Sie folgten der Aufforderung eines fremden Menschen?“

„Ja. Ich nahm an, daß es sich um einen Verehrer meiner Kunst handelte, der mich zum Souper einlud und mir die Tabatiere als Geschenk sandte.“

„Sie vermuteten also keinen Belannten?“

„Nein. Ich vermutete einen fremden Menschen, der seinen Namen aus irgend einem Grunde nicht preisgeben wollte.“

„Sie glaubten vielleicht an das Abenteuer eines verheirateten Mannes, der auf Diskretion Wert legte?“

„Möglicherweise.“

„Ja.“

„Bestimmt nicht mit der Maschine?“

„Nein.“

„Die Schrift war gut lesbar?“

„Ja.“

„In gutem, korrektem Deutsch?“

„Ja.“ Lillian dachte angestrengt nach. Ja, der Brief wies, so weit sie sich erinnern konnte, weder orthographische, noch stilistische Fehler auf. Selbstsam!

„Man behauptet hier, der Mann habe gebrochen deutsch gesprochen.“

„Trotzdem . . .“

„Wie erklären Sie sich das?“

„Ich weiß es nicht.“

„Möchten Sie uns nicht doch lieber die Wahrheit sagen? Und das Märchen mit dem Brief beiseite lassen?“

Lillian sah in sein hartes, unbarmherziges Gesicht. Sie erschrak bis ins Mark.

„Ich sage die . . . Wahrheit . . . Es kommt doch beim Theater öfters vor, daß man mit Menschen zusammenkommt, die man gar nicht kennt. Außerdem . . . vermutete ich Zusammenhänge, über die ich hier nicht sprechen kann. Ein Dienstmann brachte mir den Brief, dessen Existenz Sie bezweifeln. Der Dienstmann wurde gesehen . . . ich kann dafür Zeugen nominieren . . . jedenfalls . . . ich konnte doch nicht annehmen . . . wahr- scheinlich hat dieser R. G. . . wenn . . .“

„Sie sind verhaftet!“

Lillian verlor das Bewußtsein.

18.

Sensationelle Neuigkeiten.

Die Morgenpresse brachte die aufsehen- erregende Notiz in verschiedener Auffassung, die eine rüde Lillians Verhaftung in den Vordergrund, die andere den rätselhaften Toten, eine dritte kombinierte schon allerhand und eine vierte versprach sensationelle Enthüllungen.

(Fortsetzung folgt.)

trie, die vollständig konkurrenzunfähig wird und somit neue Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

Ein weiteres geradezu klassisches Beispiel ist das im Entstehen begriffene Hohlglaskartell. Hier liegt eine ganze Reihe von Betrieben heute schon brach, die meisten anderen arbeiten nur noch mit einem ganz geringen Bruchteil ihrer Kapazität.

Unter der furchtbaren Krise der Hohlglasindustrie leiden weite Gebiete um Goblitz und Steinschönau, um Teplitz und Karlsbad. Im Interesse der Arbeiter dieser Betriebe können wir versuchen, die Anarchie in der Produktion und in der inneren Organisation dieser Industrie zu bekämpfen, nicht entgegenzusetzen.

Wir müssen daher verlangen, daß, bevor die Regierung dem zu bildenden Hohlglaskartell irgendwelche Konzessionen macht, feste Preisbindungen bestehen, die den Inlandskonsum vor allem großer Ausbeutung beschützen, und daß die Arbeitsbedingungen von vornherein klar festgelegt werden.

Sind diese Sicherungen gegeben, so werden wir gemäß keine Einwendungen erheben, daß sich diese Industrie durch Beseitigung der Anarchie in irgendeiner Form wieder lebensfähig macht.

Das ist unser Standpunkt zu dem Gesetz wie zu der Frage der Kartelle überhaupt: Die derzeitige Anarchie in der Industrie darf nicht abgelöst werden durch eine Diktatur der Kartelle; wir stehen dem einen wie dem anderen gleich feindlich gegenüber.

Die Vorlage wurde schließlich genehmigt, ebenso wie die Aufhebung des Ernährungsministeriums, zu der sich überhaupt niemand zu Wort meldete.

Der Vorsitzende schloß dann gegen 8 Uhr abends mit einer Ueberricht über die geleistete Arbeit und den üblichen Ferienwünschen die Sitzung.

Tschechoslowakisch-bulgarische Handelsvertrags-Verhandlungen. Dienstag wurden im Außenministerium in Prag die Beratungen zwischen den Delegationen der Tschechoslowakei und der königlich-bulgarischen Regierung über einen neuen zolltarifarischen Handelsvertrag aufgenommen.

Massen-Abwurf von Flugblättern in Baden.

Strasbourg, 12. Juli. In den gestrigen Abendstunden sind nach Einbruch der Dunkelheit in einer ganzen Reihe von badischen Städten, wie in Lörrach, Mühlheim, Freiburg, Offenburg, Mastadt, Karlsruhe und Bruchsal, Flugblätter in vielen Hunderten aus den Fenstern von Exemplaren verteilt worden.

Da die Flugblätter annähernd gleichzeitig in den genannten Städten ausfallen und auch außerhalb der Straßenzüge, wo ein Abwurf aus den oberen Stockwerken unmöglich ist, in Massen beobachtet wurden, ist man zur Annahme gezwungen, daß die Verteilung unter geschickter Ausnutzung des gestern Abend herrschenden Westwindes von einem in großer Höhe fliegenden Flugzeug aus erfolgt ist.

Die badische Regierung hat durch Polizeihauptamt ein Verbot an die Zeitungen erlassen, über die mysteriöse Angelegenheit zu berichten.

Wie viele sind in Schutzhaft? Der Schwindel mit den 18.000.

Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Büro in Prag) wird uns mitgeteilt:

Die Angaben des „Amtlichen preussischen Pressedienstes“, daß sich zurzeit in ganz Deutschland nur 18.000 Personen in Schutzhaft befinden, davon 12.000 in Preußen, ist offensichtlich un wahr. Die amtlichen Stellen scheuen sich, für die wirkliche Zahl der von ihnen aus politischen Gründen Inhaftierten die Verantwortung zu übernehmen.

Alle Gefängnisse und Zuchthäuser in Deutschland sind überfüllt. Die Zellen sind teilweise so stark belegt, daß die Inhaftierten nicht einmal Platz für eine Schlafgelegenheit haben. Außerdem befinden sich viele Inhaftierte in den Kasernen der SA. Die meisten Inhaftierten aber sind in den rund vierzig Konzentrationslagern.

Die Zahl von 12.000 Schutzhaftlingen in Preußen ist viel zu niedrig angegeben. Allein in den drei Hauptgefängnissen von Berlin, Polizeipräsidium, Moabit und Plötzensee — sind Anfang Juli annähernd 5000 politische Gefangene untergebracht gewesen.

Sicherung der Herrschaft des Kapitals.

Das Programm des neuen Wirtschaftsministers.

Berlin, 12. Juli. Unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt fand heute nachmittags eine Besprechung mit den Leitern der Wirtschafts-Resorts der Länder statt. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt verweist u. a. darauf, daß nunmehr mit aller Entschiedenheit praktisch sichergestellt werde, daß die Wirtschaftspolitik unter ausschließlicher Verantwortung des Reichswirtschaftsministers und der Wirtschaftsminister der Länder geleitet werde.

Deutschland sperrt auch die Ausreise in die Tschechoslowakei?

Wie die „Arbeiter-Zeitung“ einem Brief aus Nürnberg entnimmt, sperrt nun der Zuchthausstaat Hitlers auch die Ausreise in die Tschechoslowakei.

Seit Freitag, den 7. ds. ist das Pöhaml in Nürnberg angewiesen, Ausreisewilligungen in die Tschechoslowakei zu verweigern. Nur die wichtigsten Geschäftsreisen sind erlaubt, wenn der Nachweis gebracht werden kann, daß es sich um Ausfuhrinteressen handelt.

Kreisarbeitertag in Jägerndorf.

Aufmarsch der Arbeiterschaft des Mährisch-Strauer Kreises.

Zur Feier des 30jährigen Jubiläums der „Volkspresse“ wurde am 8. und 9. Juli in Jägerndorf der Kreisarbeitertag abgehalten. Eingeleitet wurde die Feier mit einer Gedenkfeier am Grabe des Genossen Hugo Schmidt, bei welcher Genosse Richter die Gedächtnisrede hielt. Die Partei legte einen Kranz auf dem Grabe nieder.

Zur Feier des 30jährigen Jubiläums der „Volkspresse“ wurde am 8. und 9. Juli in Jägerndorf der Kreisarbeitertag abgehalten. Eingeleitet wurde die Feier mit einer Gedenkfeier am Grabe des Genossen Hugo Schmidt, bei welcher Genosse Richter die Gedächtnisrede hielt.

Ergreifend war die Trauerfeier für Genossen Stelling, der von den reichsdeutschen Faschisten ermordet wurde. Anschließend wurde nach dem Arbeiterheim zu der eigentlichen

man die Zahl von 12.000 für ganz Preußen zugrunde legt, so ist damit bereits bewiesen, daß die Zahl von 18.000 für ganz Deutschland unmöglich stimmen kann.

Erst vor wenigen Tagen hat der sächsische Innenminister Friess rühmend darauf hingewiesen, daß Sachsen in vieler Beziehung dem Reich weit voraus sei. Es habe allein mehr als die doppelte Zahl an Schutzhaftlingen, als das viel größere Preußen. Sachsen nimmt also die Ehre für sich in Anspruch, mindestens 24.000 Schutzhaftlinge zu haben.

Diese Berechnung ist eher zu niedrig als zu hoch. Sie berücksichtigt auch nicht die große Zahl der Verhafteten, die nur einige Tage festgehalten werden, dann aber unter Polizeiaufsicht gestellt und auf diese Weise ihrer Freiheit beraubt werden.

sind ausnahmslos verboten, ebenso Reisen in ausländische Kurorte. Den abgewiesenen Verwehbern wurde für jede Umgehung des Verbotes strenge Strafe angedroht.

Der Mosse-Verlag pleite!

Berlin, 12. Juli. Die Firma Rudolf Mosse ist in den letzten Wochen, wie mit Bestimmtheit verlautet, in große Finanzschwierigkeiten geraten. Seit der Zeit, da die Herausgeberschaft in nationalsozialistische Leitung übergegangen ist, hat das Unternehmen einen großen Teil seiner früheren Kunden verloren.

Drei Todesopfer der Nazi-Bomben sind Herrn Frauensfeld zu wenig!

Wien, 12. Juli. In einem Interview mit der Wiener Mitarbeiterin des „Nj Remzedeck“ machte sich der Führer der Wiener Nationalsozialistischen Frauenfeld über Bundeskanzler Dr. Dollfuß und seine Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten lächerlich und drohte mit neuen Bomben sowie Maschinengewehrattentaten. Frauensfeld sagte:

„Bis zum heutigen Tage sind im Zusammenhang mit den Bombenattentaten drei Personen ums Leben gekommen. Es kann aber die Zeit kommen, in der Maschinengewehre in Aktion treten werden. Dann wird die Zahl der Toten größer sein.“

Dieses Interview Frauensfelds ist Gegenstand eines amtlichen Verfahrens.

Kommunisten als Einpeltischer des reaktionären Bürgertums.

Wir verstehen, wenn sich die Arbeiter gegen die Schmälerung der Unterstützung der Arbeitslosen auslehnen, wir begreifen auch, wenn sie in ihrer Aufregung über den beabsichtigten Abbau der sozialen Fürsorge in diesem Staate, bei ihren Protesten sehr oft daneben hauen, weil sie vielfach außerstande sind, die politische Situation, in der wir uns befinden, abzuschätzen und weil sie noch weniger zu beurteilen imstande sind, ob das, was die politischen Gegner der Sozialdemokraten über die Schulfrage beim Abbau der Sozialfürsorge sagen, der Wahrheit entspricht.

Dazu ist die Politik der Kommunisten, die gegenwärtig in den Gemeinden und unter den Betriebsarbeitern gemacht wird, bestimmt. Die Kommunisten gefallen sich darin, Resolutionen zu behandeln und über sie abstimmen zu lassen, die das Bürgertum geradezu auffordern, ihre Forderungen für den Abbau der sozialen Fürsorge der Arbeitslosen, weit über das Maß dessen, was sie ursprünglich an Abbau forderten, auszuweihen.

Wir protestieren gegen die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter-System von 18 auf 9 Kronen, gegen den Abbau der Beistellarten und gegen die Einführung der Zwangsarbeit usw.

Die Sozialdemokraten protestieren gegen den Abbau von 18 auf 9 Kronen nicht, weil sie dieses unerhörte Attentat auf die Arbeitslosen in den ersten Tagen der Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und dem Bürgertum mit Wucht abwehrten, sie protestieren und kämpfen in diesen Tagen gegen den Versuch der Reaktion die Arbeitslosenunterstützung von 18 auf 12 Kronen herabzusetzen.

Sie protestieren auch in diesem Zeitpunkt nicht mehr gegen den Versuch die Zwangsarbeit einzuführen, weil sie diesen Anschlag längst abgewehrt hatte, als die Kommunisten eben begannen die Sozialdemokraten vor der Arbeiterklasse zu beschuldigen, die Sache der Arbeitslosen verraten zu haben.

Die Kommunisten erweisen mit solchen Resolutionen ihre politische Unfähigkeit oder vielleicht noch mehr ihre Gefährlichkeit für die Arbeiter und besonders der Arbeitslosen. Denn indem sie von einer Arbeitslosenunterstützung von 9 Kronen und der Einführung der Zwangsarbeit in ihrer Resolution reden, machen sie dem Bürgertum klar, daß sie sich mit dieser wahnwitzigen Einschränkung der Arbeitslosenfürsorge innerlich abgefunden haben. Daß sie sie wünschen, um bei der Masse der Arbeitslosen mehr gegen die Sozialdemokraten wüten, sie noch mehr in den Not jetzen zu können.

Aber noch ein Satz dieser famosen Resolution gehört an den Pranger. Da heißt es nämlich:

„Wir verurteilen auf das Entschiedenste die Zustimmung der lieben sozialistischen Minister über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung, insbesondere aber verurteilen wir das geradezu schändliche Verhalten des Ministers Dr. Czoch, der bedenktlos für die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten ist.“

Nur diese einzige Stelle zitieren wir noch um die ganze Niedertracht der Kommunisten, ihre bodenlose politische Verlotterung aufzuzeigen. Wir fordern die Kommunisten auf, vor aller Öffentlichkeit zu beweisen, wenn und wo Genosse Dr. Czoch für die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten ist, wir fordern alle Arbeiter besonders aber unsere Parteimitglieder, auf, die Kommunisten überall zu stellen und diesen Beweis von ihnen zu verlangen!

Genosse Dr. Czoch steht in diesen Tagen in einem schweren Kampf, um die Rechte — ja um das Leben für die Arbeitslosen zu retten und nur politische Schufte können in diesem gleichen Zeitpunkt den Mut ausbringen, ihm eine verbrecherische Handlung an den Arbeitslosen zu muten. Wehe den Arbeitslosen, wenn sie ihre Verderber, zu denen vor allem die Kommunisten gehören, nicht bald erkennen und darauf behandeln, sie werden es bitter zu büßen haben! Wehe der gesamten Arbeiterklasse, wenn sie nicht imstande ist, in Zukunft solche schurkische Anschuldigungen rechtzeitig abzuwehren! Wenn sie nicht erkennt, daß die Kommunisten gut maskiert, die besten Helfer der Reaktion im Kampfe gegen die gerechte Sache der Arbeitslosen sind!

Balbos Geschwader auf Labrador gelandet.

2400 Kilometer in 14 Stunden.

Cartwright (Labrador), 12. Juli. Das Flugzeuggeschwader Balbos ist heute um 18 Uhr 26 mitteleuropäischer Zeit hier glatt gelandet. Das Geschwader hat die Strecke von 2400 Kilometern von Nechjavit in knappen 14 Stunden zurückgelegt.

Von Nechjavit auf Island war das Geschwader früh um 6 Uhr Ortszeit zum eigentlichen Flug über den Ocean gestartet. Nach einem beim dänischen Marineministerium in Kopenhagen ein-

gelangten Telegramm hatten im Laufe von zweieinhalb Stunden sämtliche Flugzeuge des Geschwaders das Inspektionschiff „Phila“, das sich in der Dänemarkstraße befand, passiert.

Um 13 Uhr 45 Greenwicher Zeit wurde das Geschwader von Schiffen gesichtet. Es bestand sich etwa 250 Meilen südlich von Grönland und 500 Meilen von der späteren Landungsstelle Cartwright und hatte den gefährlichsten Teil seiner Fahrt bereits hinter sich.

Der Lischwiker Raubmörder verhaftet.

Die geraubte Summe und das Mordgewehr aufgefunden.

Boderfam, 12. Juli. Der Täter des am Samstag, den 8. d. M. an den Werkführer Uhl aus Lischwiz begangenen Raubmordes wurde von der Gendarmerie verhaftet. Es handelt sich um den 29jährigen verheirateten und erwerbslosen Arbeiter Anton Gubisch aus Lischwiz, Vater eines sechsjährigen Kindes, der bei der heutigen Rekonstruktion des Raubmordes am Tatort die Tat eingestand. Den Mord will er allein verübt haben. Er wurde in die Haft des Boderfamer Bezirksgerichtes eingeliefert, von wo er nach Brüx ins Kreisgericht gebracht werden wird.

Außerdem wurden seine Schwiegermutter Leopoldine Michal aus Lischwiz und sein Schwager Wenzel Michal aus Zela wegen des Verdachtes der Mit-täterchaft verhaftet. Das Jagdgewehr mit dem Gubisch die Tat vollbrachte, wie auch die geraubte Summe von 1484 Kr wurden gefunden. Das Gewehr war auf dem Boden der Lischwiker Kirche versteckt. Außerdem wurde ein schwarzer Mädchen-Handkoffer gefunden, der auf den Mörder einen neuen schweren Verdacht lenkt.

Das Begräbnis des ermordeten Uhl fand gestern unter großer Beteiligung der Bevölkerung aus dem Orte und der Umgebung statt.

Bei den Fahndungsdiensten hat ein Polizeihund der Gendarmerie-Fahndungsstelle in Brüx gute Dienste erwiesen.

Tagesneuigkeiten

Die Ueberschwemmung im Theiß-Gebiet.

Budapest, 12. Juli. (M.Z.) Die Ueberschwemmungen im Oberlauf der Theiß und in Karpathorundland führten auch in Ungarn zu Hochwasser. Das Wasser steht bei Tolah und Tizafured über einen Meter über dem Normale. Im Komitat Vorkod sind an den gefährdeten Punkten die notwendigen Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. Besonders bei Szeged führt der Unterlauf der Theiß Hochwasser und auch beim Zusammenfluß des Maros mit der Theiß ist das Gebiet mehrere Kilometer weit überschwemmt. In Szeged wurden zwei Kinderleichen aus den Fluten der Theiß gefischt, von denen man annimmt, daß sie aus Karpathorundland an geschwemmt wurden. Die Theiß führt auch viel Kadaver von Haustieren sowie Wohnungsgegenstände mit.

Aus Bholok wird über das Auffinden einer weiteren Leiche einer ertrunkenen Frau, über eine schwere Verletzung ihres Mannes und von zwei wahnsinnig gewordenen Frauen berichtet. Die Nachrichten, die von weiteren Opfern sprechen, entsprechen nicht der Wahrheit. Eine technische Komte baut hölzerne Notbaraden. Dienstag ist in Bholok eine sechsgliedrige Kommission eingetroffen.

Schulflugzeug-Katastrophe.

Zwei Tote. — Zwei Häuser niedergebrannt.

Budapest, 12. Juli. (M.Z.) Bei Stuhlweihenburg ist heute früh um halb 8 Uhr ein Schulflugzeug aus bisher unbekannter Ursache abgestürzt. Das Flugzeug fiel auf das Dach eines Gebäudes, wobei der Motor explodierte und die Klappen des Gebäudes sowie ein anliegendes Wohnhaus in Brand setzten. Beide Insassen des Flugzeuges verbrannten. Als die Feuerwehr erschien, standen von den in Brand geratenen Häusern nur noch die Grundmauern.

Ein blutiger Streit.

Borschau, 12. Juli. (Sch. N.-B.) In Szprask bei Bialystok kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Textilarbeitern und Polizei. Die Polizei, die von den Streikenden angegriffen wurde, machte von der Waffe Gebrauch. Zwei Streikende wurden getötet und vier schwer verletzt. Auf Seiten der Polizei wurden fünfzehn Mann durch Steinwürfe verletzt.

Mattern gibt den Alleinflug auf.

Moskau, 12. Juli. Der amerikanische Flieger James Mattern hat bereits seine Hoffnung, als erster Pilot allein die Welt zu umfliegen, aufgegeben. Wie aus Charbarowff gemeldet wird, will Mattern mit einem bestimmten sowjetrussischen Flieger zusammen von Anadyr aus die Stadt Nome in Alaska erreichen. Der Pilot Lebeneffij von der sowjetrussischen Flugabteilung wurde damit betraut, so bald als möglich Mattern nach Alaska zu bringen. Mattern ist leicht verletzt.

Menschenjagd.

Ominöse Zuschriften und durchsichtige Konsequenzen.

Ein gewisser Dr. Martin Claus, der infolge seiner ausgezeichneten Beziehungen zu den höchsten Spitzen der braunen Bonzokratie Vorsitzen-

der des Groß-Berliner Ärztebundes e. v. und zugleich der Beauftragte des Reichskommissars für die ärztlichen Spitzenverbände ist, veröffentlicht in der „Ärztlichen Korrespondenz“ einen Artikel, in dem er sich in rüden Beschimpfungen des Judentums geradezu überschlägt. Besonders die jüdische Berufskonkurrenz diffamiert der Tapere in wahrhaft schändlicher Weise.

Er berichtet von angeblichen nächtlichen Telefonaten „schamloser Art“, die von jüdischer Seite injiziert wurden, von „gemeinen Zuschriften“ u. ä., wodurch „die Ruhe deutscher, an verantwortlicher Stelle stehender Ärzte“ bei Tag und bei Nacht gestört würde.

Herr Claus droht den Ärzten mit Brachialgewalt und erludt sie, „in ihrem eigenen Interesse“ dafür Sorge zu tragen, daß „diesem Treiben ein Ende gemacht werde.“

In Berliner Ärztekreisen wird nun mit aller Bestimmtheit behauptet, daß die ominösen Telefonanrufe und Zuschriften von den Nazis selbst fabriziert worden wären, um die sonstige Konkurrenz endgültig ausschalten zu können.

Die Raziärzte verschaffen das Material und die Herren Kommissare nützen es zum letzten Gangschuß aus. Ein feines, raffiniert ausgedachtes Mißspiel!

Ziehung der Klassenlotterie

vom 12. Juli.

60.000 K:	41.987.
20.000 K:	772, 68.186.
10.000 K:	51.989, 36.152, 97.253.
5000 K:	20.292, 20.972, 27.743, 47.806, 56.312, 76.993, 85.973.
2000 K:	5035, 8325, 10.350, 11.929, 14.661, 18.480, 27.621, 36.701, 38.997, 45.847, 48.000, 55.427, 63.890, 65.240, 68.090, 71.294, 74.297, 75.532, 75.807, 88.090, 88.631, 88.134, 99.559, 101.242.
720 K:	2028, 2558, 29.15, 4714, 5172, 5937, 6042, 6377, 6694, 7858, 8049, 10.377, 10.592, 12.542, 13.187, 17.832, 18.233, 19.708, 20.007, 20.428, 21.420, 23.092, 23.583, 24.783, 25.043, 26.408, 26.714, 29.346, 32.007, 33.442, 34.350, 35.183, 35.722, 36.121, 36.409, 37.101, 37.956, 39.347, 40.105, 43.752, 44.259, 45.904, 46.074, 46.928, 49.205, 52.874, 54.929, 57.245, 58.125, 58.461, 59.061, 59.946, 60.875, 62.658, 63.459, 64.130, 64.362, 65.926, 66.619, 71.953, 72.671, 73.057, 74.043, 74.298, 74.422, 75.079, 75.157, 75.464, 76.599, 78.921, 79.375, 80.441, 80.993, 82.536, 83.082, 85.189, 86.083, 86.137, 87.095, 87.236, 88.081, 89.331, 90.151, 91.929, 93.433, 94.667, 96.599, 98.599, 99.083, 103.558, 103.890, 104.459.

Fünf Todesurteile in Moskau.

Saboteure in den Fabrikspeisehallen, Mordanschläge, Konterrevolutionäre.

Moskau, 12. Juli. (Tag.) Das Moskauer Stadtgericht verhandelte in öffentlicher Sitzung den Prozeß gegen 12 Angeklagte wegen Schädigungsarbeit im öffentlichen Speisungswesen. Die Untersuchung hat ergeben, daß seit Beginn der zweiten Hälfte des Jahres 1932 sich die Qualität der Speisen in den Fabrikspeisehallen bedeutend verschlechtert hat. In den Speisen wurden Glasplitter, Sand, Nägel, Haare und Draht gefunden. Die Täter waren eine Gruppe von sowjetfeindlich eingestellten Kulaken, die unter der Führung des ehemaligen Jarenoffiziers Dschin-Stepanow standen, der früher bereits wegen Brandstiftung und eines Anschlages auf einen Dorffeldvorsitzenden zu 10 Jahre Gefängnis verurteilt worden, aber aus dem Gefängnis entflohen war. Die gerichtliche Untersuchung stellte fest, daß sich diese Gruppe im Frühjahr 1932 nach der Rückkehr Dschins nach Moskau gebildet hatte. Dschin und seine Komplizen

Der Arzt als Heiler. Die gleichgeschaltete Ärzteschaft des Dritten Reiches erfreut sich neuerdings eines eigenen offiziellen Fachorgans, „Deutsches Ärzteblatt“ genannt. In Nummer 1 bemühen sich zwei regierende Häupter, die Aufgaben der erwachten deutschen Medizin zu erläutern. Innenminister Fried verifiziert, in weiten Volkskreisen sei die Erkenntnis gereift, daß Sicherung, Vermehrung und Veredelung der deutschen argleichen Menschen als höchstes Ziel des deutschen Staates zu gelten habe; und Reichsarbeitsminister Seidte fügt hinzu, der Arzt sei berufen, „dem ganzen Volkskörper in Deutschland zur Gefundung, zur all mählichen Ausmerzung des Arifremden und zur Reinhaltung des Arteigenen“ zu verhelfen. „Ausmerzung des Arifremden“! Wehe den Juden, die den barmherzigen Samaritern des allerchristlichsten Deutschen Reiches in die Hände fallen, die sich deutschen Kranken häusern anvertrauen müssen, in denen bekanntlich nur noch gleichgeschaltete Mediziner und Pfleger amtieren! Wehe den jüdischen Müttern, die zu arm sind, eine Privatklinik aufzusuchen und die ihre bekanntlich „unerwünschte Nachkommenschaft“ unter Aufsicht der arischen Welt-erneuerer gebären müssen! Wehe auch den sozialistischen Arbeitern, die nicht als „Arlgleiche“, sondern als „Untermenschen“ gelten! Ist schon die M in den braunen Kasernen bemüht, blutige Borarbeit zu leisten, so werden die Ärzte, ihrer „Berufung“ getreu, statt Wunden zu heilen, die endgültige „Ausmerzung“ der Opfer besorgen. Schaudernd würde sich der primitive „Medizinmann“ irgendeines Südeestammes solches Ansinnen wehren. Die christlichen deutschen Ärzte aber werden Selbdes neuesten Ausmerzungserlaß genau so schweigend zur Kenntnis nehmen wie die viehischen Mißhandlungen in den Konzentrationslagern, die sie durch wissentlich falsche Atteste und Totenscheine zu decken gewöhnt sind. Welch ein Weg von Birchow und Robert Koch zu den gleichgeschalteten Ausmerzern im Sonnenland!

74 tschechoslowakische Zeitungen in Deutschland verboten. Nach einer Meldung der Prager „Abendzeitung“ hat der preußische Innenminister Goering ein neues Verzeichnis sämtlicher für das Inland verbotener ausländischer Druckschriften bekanntgegeben. Während in dem Verzeichnis vom 1. Juni 252 Zeitungen und Zeitschriften genannt waren, enthält das neue Verzeichnis noch dem Stand vom 1. Juli 291 Druckschriften, die sich auf 21 verschiedene ausländische Staaten verteilen. An der Spitze steht die Tschechoslowakei mit 74 (vorher 66). Es sind meist Blätter in den Grenzgebieten und 31 Prager Druckschriften. An zweiter Stelle steht Desterreich mit 48 Druckschriften (37), davon 37 aus Wien. Es folgt Frankreich mit 38 (31), die Vereinigten Staaten mit 12, das Saargebiet mit 8, England mit 5, die Schweiz mit 26 (24), Sowjetrußland mit 11 (9) und eine Reihe anderer Staaten. Die neuen acht verbotenen tschechoslowakischen Zeitschriften erscheinen in Karlsbad, Aussig, Teplic-Schonau und Reichenberg.

Bis zur Großmutter. In den Richtlinien, die jetzt der Deutsche Bühnennachweis in Berlin herausgibt, wird darauf hingewiesen, daß alle Filmschaffenden (Produktionsleiter, Regisseure, Autoren, Komponisten, Aufnahmeleiter, Kameraleute, Architekten, Tonmeister und Cutter) sofort ihre Staatsangehörigkeit und arische Abstammung bis zur Großmutter nachzuweisen haben.

Wer ist der Mörder der Justine Banda? Die Prager Polizei setzt das Verhör mit den Bekannten und Freunden des Wenzel Martada, der bekanntlich unter dem Verdacht steht, seine Geliebte Justine Banda ermordet zu haben, fort. Das Alibi Martadas für die Zeit, in der die Banda ermordet wurde, ist nicht einwandfrei. Die Polizei erließ nun einen Steckbrief gegen den Bruder Martadas, Michael,

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
Prag 11: Schallplatten, 17.45: Schallplatten, 18.35: Deutsche Sendung: Erholung in der Heimat, 19.25: Französische Lieder, 19.40: Vorträge, 20.30: Romain Rolland: Spiel von Liebe und Tod, 22.15: Russische Berichterstattung. — Brünn 10.10: Volkstheaterkapelle, 14.50: Nachmittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung; 19.25: Länge aus der Zeit der großen Revolution. — Wien 16.35: Frauenjunge, 19.20: Opernschicksale, 21.55: Abendkonzert. — Frankfurt 20.15: Heiteres Konzert. — Breslau 15.15: Jugendlust. — Hamburg 22.30: Unterhaltungskonzert. — Leipzig 20.05: Schubert-Forellenquintett, 21.15: Operettenstunde. — Berlin 16.15: Bergsteigen mit oder ohne Führer, 20.45: Was ich noch im Hützelkleide. — München 21: Dejtter, Stimmungsbild.

da einige Zeugen aussagten, daß sie am Tage der Tat einen schlanken, größeren Mann am Tatort gesehen haben und Michael Marada tatsächlich groß und schlau ist, während sein Bruder kleiner und stärker ist. Dienstag abends kam ein Mann zur Polizeidirektion und gab an, daß er an dem Freitag, an dem die Tat verübt wurde, Marada in Brünn gesehen habe. Da dieser nun behauptete, daß er an diesem Tage nicht in Brünn war, dürfte die Aussage des Zeugen für die weitere Untersuchung des Falles sehr wichtig sein.

Unbeständiges Wetter wird wieder angekündigt, für heute zeitweise ziemlich bewölkt, streichweise Regen, mäßig warm, Südwest- bis Westwind.

Durch Explosion einer Bierflasche schwer verletzt. In das Jglauer Krankenhaus wurde der 63jährige Rutscher Anton Kucutka, ein Russe, der auf einem Großgrundbesitz bei Chotobof beschäftigt ist, in schwer verletztem Zustande eingeliefert. Kucutka wollte im Keller eines Gasthauses aus einer Bierflasche eine Flasche Bier herausheben, wobei ihm diese jedoch in der Hand explodierte und Glasplitter in den Augapfel seines linken Auges eindringten.

Die Prager Bettügerinnen Skala und Seidl vor dem Obersten Gericht. Das Brünner Oberste Gericht verhandelte über die Nichtigkeitsbeschwerde der Prager Millionentrügerinnen Franziska Skala und Sozena Seidl. Die beiden schädigten durch Hypothekenbeiträge die Creditanstalt, die „Providentia“ und die Frau Gregoriadesow um 800.000 K. Die Skala versuchte außerdem noch andere Betrügerinnen. Das Prager Geschworenengericht beurteilte die Skala zu vier und die Seidl zu zwei Jahren schweren Kerkers. Gegen das Urteil brachten die beiden die Nichtigkeitsbeschwerde ein, während der Staatsanwalt gegen das zu geringe, Strafausmaß Berufung einlegte. Das Oberste Gericht hat die Nichtigkeitsbeschwerde der beiden Beurteilten abgewiesen und hat in geheimer Verhandlung über die Berufung des Staatsanwaltes verhandelt, der wahrscheinlich stattgegeben werden wird.

Sieben Touristen im Mont Blanc-Gebiet abgestürzt. In den französischen Alpen, in dem Bergmassiv des Mont Blanc, unternahmen sieben Touristen einen Aufstieg. Das Seil riß plötzlich und die Touristen fielen in eine Schlucht. Alle konnten aber geborgen werden, und wurden in schwer verletztem Zustande in das Krankenhaus nach Chamonix eingeliefert.

Tropische Hitze in Schweden. Eine ungeheure Hitzewelle tritt gegenwärtig in Schweden auf. In Uplala verzeichnete man eine Temperatur von 37 Grad Celsius, eine Temperatur, die dort noch niemals erreicht wurde, in Stockholm stellte man 36 Grad Celsius fest, — die höchste Temperatur, die man in dieser Stadt seit dem Jahre 1811 festgestellt hat. Waldbrände sind in zahlreichen Teilen von Nord- und Mittelschweden ausgebrochen und haben ungeheuren Schaden verursacht. Die Bevölkerung erschöpft sich in Bemühungen, die Brandherde einzuschütten, Tag und Nacht sind die Menschen damit beschäftigt, auch das ganze verfügbare Militär beteiligt sich an diesen Arbeiten. Auch in der Nähe von Stockholm ist eine Feuersbrunst ausgebrochen, durch welche die Pulverbörräte der Festung Walswols ernstlich bedroht waren. Es wurde kein Toter verzeichnet, aber zahlreiche Verwundete.

Die Nazi-Sabotage in Desterreich. Die erst jetzt bekannt wird, wurde Donnerstag um 20 Uhr in Eifenerz auf die 10.000 Volt-Freileitung ein Anschlag durch Uebertwerfen mit einer eisernen Kette verübt, wodurch der Ort Eifenerz fünf Minuten ohne Licht blieb. Da zur gleichen Zeit ein Gewitter über Eifenerz zog, nahm man zunächst an, daß es sich um einen Blitzschlag handle. Bei der Kontrolle der Leitung wurde jedoch die Kette gefunden. Die Erhebungen nach dem Täter, der ein Mitglied der getwesenen NSDAP sein dürfte, weil zur Zeit des Anschlages eine vaterländische Kundgebung stattfand, sind im Zuge.

Beim Ausnehmen eines Spinnnetzes. Dienstag nachmittags Ketterie der neunjährige Schüler B. Malj aus Starz Mesto bei Ung-Gradiß auf einen elektrischen Leitungsmast, um ein Spinnnetz auszunehmen. Hierbei kam er mit der Hochspannung in Berührung, erlitt schwere Brandwunden, stürzte ab und brach sich ein Bein. Der schwerverletzte Knabe wurde ins Krankenhaus gebracht, wo ihm das Bein amputiert werden mußte. Die Ärzte hoffen, daß er mit dem Leben davon kommen wird.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Spielmannschaften der DTJ. beteiligen sich in Aulfig.

Der Verband der tschechischen Arbeiterturnvereine hat für die Spiele in Aulfig zwei Sagen- und zwei Volleyball-Mannschaften gemeldet, die Propagandaspiele zeigen werden. Für die Spiele um die Festmeisterschaft ist eine Handballmannschaft und eine entsprechende Beteiligung beim Tischtennis gemeldet.

Kreis Westböhmen meldet seine Kreismeister in den Turnspielen.

In den Turnspielen meldet der 6. Kreis folgende Kreismeister, die sich in Aulfig an den Spielen um die Bundesmeisterschaft beteiligen werden: Rastball: Oberrothau, Faustball: Pischern, Handball: Eger, Ehotelchau oder Zwung.

Schikanen auf der deutschen Gesandtschaft. Ein Leser unseres Blattes gibt uns Kenntnis von einem empörenden Vorfall, dessen Augenzeuge er zufällig auf der hiesigen deutschen Gesandtschaft wurde. Es erschien dort ein deutscher, zur Zeit in Prag wohnhafter Journalist und beantragte die Neuauferfertigung seines abgelaufenen Reisepasses unter Vorweisung einer Bescheinigung der Berliner Polizeibehörde, wonach ein politischer Unbedenklichkeitsvermerk der hiesigen Gesandtschaft zugegangen sei und der Paß dort ausgestellt werden könne. — Nach einer langen Wartezeit erschien Herr Baron von L., der Salenkreis-Vertrauensmann der Passabteilung und erklärte, der neue Paß könne nicht ausgestellt werden. Der Antragsteller müsse nach Berlin fahren. Die Reise bis zur Grenze (!) werde man ihm vergüten. Als der Antragsteller unter Berufung auf die Berliner Polizeimitteilung das ablehnte und seinen alten Paß als notwendigen Ausweis zurückforderte, erklärte Baron L. zynisch: „Den Paß kriegen Sie nicht zurück!“ Auf Grund dieses Vorkommnisses muß davor gewarnt werden, auf der deutschen Gesandtschaft Dokumente aus der Hand zu geben.

Wegen der Verbreitung illegaler Flugblätter hatten sich vor dem Berliner Sondergericht die 19jährige Stenotypistin Erika Rosenthal und der 23jährige Arbeiter Walter Geseke zu verantworten. Geseke hatte der Mitangeklagten Rosenthal fünf Exemplare der verbotenen „Roten Fahne“ zur Verteilung übergeben. In dieser Flugchrift befanden sich u. a. ein „Schlaggedicht“ und „Grußmährchen“. Das Gericht verurteilte Geseke zu einem Jahre vier Monaten, die Rosenthal zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Einwohnerzahl Belgiens. Nach dem soeben bekannt gewordenen Ergebnis der Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl Belgiens zum 1. Jänner 1933 8.213.449 Seelen.

Fahrlässige Tötung. Der Strafsenat des Kreisgerichtes in Berekovo hat den Sohn des Berekovoer Arztes, Adolf Meisel, zu fünf Monaten Gefängnis bedingt verurteilt, der im September des Vorjahres bei unvorsichtigem Schießen mit einem Revolver die Köchin Helene Berekovska so schwer verletzete, daß sie im Krankenhaus starb.

Todesurteil. In Rudolstadt wurde der 20jährige Arbeiter Edo Soffir, der ein Dienstmädchen erdrosselt hatte, zum Tode verurteilt; sein Mitgefänger zu neun Jahren Zuchthaus.

Einbruch oder Aufbruch?

Erbauliches aus dem braunen Mittelalter.

Die gleichgeschalteten reichsdeutschen Druckereizentrale aus dem Zeitungsautomaten des Reichpropagandaanreichters Dr. Goebbels bringen eine wohl amtliche Berliner „Verlautbarung“, in der diese ergötzlichen Dinge zu lesen sind:

„Es ist festgestellt worden, daß in letzter Zeit mehrfach versucht worden ist, Eintritt in Wohnungen zu erlangen unter der Vorgabe, von der Reichspressestelle mit der Nachprüfung von Presseangelegenheiten, Zeitungsbezug usw. beauftragt zu sein. Es handelt sich dabei zunächst um Abonnementswerbungen für Zeitungen und Zeitschriften. Zum Teil wurden bei diesen Versuchen unerlaubterweise SA-Uniformen getragen. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda weist darauf hin, daß von der Abteilung Presse niemand zu derartigen Handlungen beauftragt worden ist und ersucht jeden, bei dem Betrüger oder Propagandist unter diesen Vorgaben oder mißbräuchlicher Benützung des Brauhemdes eindringenden versuchen, sofort der Polizei zu übergeben.“

Das sind ja idyllische Zustände im Imperium der braunhemdigen Caligulas! Die bis zum Wahnsinn aufgepöbelte SA „revolutioniert“ nach eigenem System, indem sie in die Wohnungen des mißliebigen Zivils eindringt und dort, im Stil chinesischer Räuberbanden, „requisitiert“. Die Herren Bonzen aber, denen die „rauben Krieger“ über den Kopf zu wachsen beginnen, verleugnen die eigene Brut und alarmieren gegen ihre Opfer die Polizei.

Der „nationale Aufbruch“ scheint wirklich auf der ganzen Linie in einen ordinären Einbruch umgeschlagen zu sein!

Aus einer kleinen deutschen Stadt im Dritten Reich.

Manchmal fängt der Tag in einer kleinen deutschen Stadt des Dritten Reiches so an, daß man beim Frühstück rasch den Wocheneinkauf überlegt. Und dann geht man mit der Markttasche los. Zur Unterbrechung der üblichen Alltagsrouten haben wir heute Judenboypott. Darum sind in den wenigen Geschäftstraßen die größten Läden und Geschäftshäuser geschlossen, die Schaufenster mit Zetteln besetzt, die in herzhaften Worten den Bewohnern der Stadt die moralische Notwendigkeit des Boykotts klar machen. Seit 6 Uhr früh ist die SA mit Zettelleben beschäftigt. Die SS steht daneben und beaufsichtigt. Die SA steht — in den Nebenstraßen und vor kleineren Läden. Die SS hält Wache vor Warenhäusern und anscheinlichen Geschäften; vor der Korsettfiliale der Firma Neumann stand niemand. Aber ein Plakat klebt draußen. Die Filialleiterin hatte sich von vornherein frei genommen. In einer Apotheke mit Zettel kaufte eine Frau. Die Uniform stand draußen und schaute etwas hilflos drein. Mittags wurde dann die Apotheke polizeilich geschlossen und versiegelt. Der Bäcker sollte minderwertige Zutaten zu den Rezepten genommen haben. Gegenüber lebte man einen Zettel an ein Zigarrengeschäft. Es war die Filiale einer großen Firma. Der Geschäftsführer hatte bisher nichts von der Rasse der Firma gewußt. Er selbst gehörte zu den Rassefreunden, denen man zwar nicht die Süßliche, aber auch sonst keine Rasse ansah. Er war empört, knallte die Geschäftstür zu, schloß sie ab, setzte den Hut auf und ging. Welcher Art diese Wut war und wen sie zum Objekt hatte, war nicht zu ermitteln. Dies alles geschah rund um den Marktplatz, auf dem die Landbevölkerung mit Obst, Gemüse, Fleisch, Butter und Eier seit 7 Uhr früh der Käufer harrie. Aber die Käufer kamen heute nicht. Sie standen dicht gedrängt in den Straßen und vor den Zettelgeschäften und starrten. Es gab nichts zu sehen außer geschlossenen Türen, heruntergelassenen Rollläden und braunen Uniformen. Aber sie starrten, als ob sich etwas ereignen müßte. Im übrigen sagten sie kein Wort. Viele hatten die Hände in der Tasche und schlechte Kleidung an. In die Uniformen war es ein häßliches aufreizendes Schweigen. Manchmal bekam die schweigende Masse etwas Nichtiges zum Starren. Lastautos mit SA rasten durch die Straßen. Trompeten am Anfang, Trompeten am Ende. Dazwischen ein Sprecher: „Rettet das deutsche Vaterland, haut die Juden aus dem Land.“ In der christlichen Süßfrüchthandlung, an deren großen Scheiben vorbei die Wagen ratterten, starrte der Inhaber einen Augenblick hinaus. Dann sah er unsicher zwei seiner Kunden an, zwei gut bürgerliche Frauen, behäbige Frauen. „Ja“, sagte er gepreßt, „hm“, sagten die anderen. Dann verkaufte er weiter. Am Sonntag früh waren die großen jüdischen Scheiben wieder alle blank. Das Fensterputzerinstitut mußte Überstunden machen. Er ist nicht bekannt, wer Auftraggeber und wer Zahler war.

Manchmal erlebt man andere Dinge. Am Sonntag früh wandert man aus der Stadt über die Felder am Fluß entlang. Ein stiller warmer Vorfrühlingstag gibt Ruhe und Wärme. Da hört man Laute, entfernt noch, aber man weiß sofort — ein Redner. Und da es hier im Freien keine Versammlung gibt, muß es wohl ein Radio sein. Beim Näherkommen merkt man am Tonfall und Klang: Redner des Dritten Reiches. Eine alte Frau tappelt hinterher. Ein Gespräch beginnt. Sie wohnt mit ihrem Mann schon 35 Jahre hier draußen. Die Kinder wohnen in der Stadt. Am Sonntag nachmittags kommen sie mit den Enkeln immer zu Besuch. Den Redner hört man von Schritt zu Schritt deutlicher. Die Frau erzählt von ihrem Bauernhof und daß sie jetzt nur noch das Haus und einen Garten behalten hätten, weil es ihnen zu mühselig auf ihr Alter sei. Der Redner spricht jetzt von der unzerstörbaren Verbundenheit mit unseren Brüdern in Polen. Die alte Frau schüttelt mit dem Kopf. „Die wissen das auch nicht besser. Die reden viel zu viel. Das kann alles noch anders kommen. Es wäre besser, die Leute würden mehr auf unseren Herrgott vertrauen.“ Die Alte hat ein Gesangbuch in der Hand und kommt wohl grad aus der Kirche. An der Wegbiegung zweigt sie ab. Gleich darauf steht das Bauernhaus mit dem Radio da. Der Bauer hat das Fenster geöffnet und den Lautsprecher in das geöffnete Fenster gestellt. Er selbst sitzt in der Sonne davor, sein halbwüchsiger Sohn steht vor ihm. Mit gefalteten Händen hören sie zu. Der Redner spricht gerade von der Wiedereroberung des deutschen Landes im Osten — eine Grenzland-Rundgebung aus Breslau. Oben auf der Böschung zum Fluß hinunter steht ein Herr mit einem Hund. Der Stadtherr lauscht mit restloser Hingabe. Der Dadel liegt auf im Gras. Nach 20 Minuten ist alles noch unverändert — der Bauer faltet die Hände, der Herr aus der Stadt stützt sich verunsichert auf einen Spazierstock, der Hund böst im Gras, der Redner donnert von der polnischen Schmach und durch das geöffnete Fenster eines einsamen Bauernhauses schreit das Radio über das östliche Elend.

Manchmal wächst die Spannung am Alltag auch in den Gesichtern der wohlwollenden Zuschauer des Dritten Reiches. In kleinen Geschäften hauptsächlich erscheinen immer häufiger Plakate: „Deutsches Geschäft“, „Deutsche kauft nur bei Deutschen“, „Mitglied des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“. Bevor der Kampfbund gegründet wurde, gab es heiße Debatten in den Bänken, Innungen, Handelskammern. In der Innung hob die große historische Stunde des Schneidermeisters, des Fleischermeisters, des Tischlermeisters an; und wußt Ihr, Kollegen, was ich dem Oberbürgermeister geschrieben habe? Ich habe ihm geschrieben, daß die Krankenhäuser das Fleisch nicht mehr von den Filialen des Herrn Mollekreibitzers beziehen dürfen, der gar

nicht so viel Vieh besitzen dürfte. Und da hat mir der Herr Oberbürgermeister geschrieben: Das ginge nicht, da lägen lange Verträge vor. Und da bin ich, der Fleischermeister, aber hingegangen und hab ihm gesagt: Da werden die Verträge eben gekündigt. Das ehrsame Handwerk muß jetzt drankommen. Und da hat der Herr Oberbürgermeister eben die Verträge gekündigt. Das, Kollegen, hab ich für Euch getan...“ Und daselbst haben der Tischlermeister, der Dachdeckermeister, Schneidermeister, Bäckermeister für ihre Junst getan. Kein Möbelstück, so schwor man, dürfte von außerhalb in den Handel gebracht werden, bis nicht die letzte Hobelbank in der Heimstadt wieder besetzt und der letzte Meister nicht vollbeschäftigte Werkstätten habe. Wenn dann die Sachen auch nicht so elegant ausfielen — „Kollegen, wir müssen wieder einfach werden. Der Beamte soll wieder lernen, sich einfache Möbel anzuschaffen. Wir wollen ehrlich sein, wir haben selbst zu Hause manches Stück stehen, das nicht in unsere Verhältnisse paßt.“

Die kaufmännischen Betriebe spitzten die Ohren. Feueralarm. Man war zwar noch nicht Nationalsozialist, lehnte die lärmende Politik als alter Konservativer oder politisch Uninteressierter ab, aber das geht denn doch zu weit. So schaltete man sich schleunigst gleich, um dem ehrsamem Handwerk das schon erbeutete Szepter nicht ganz zu überlassen.

Der Logenbruder trat noch am Abend eifrig aus seiner Loge aus, meldete sich in der Frühe des nächsten Tages als Mitglied der NSDAP an, stellte sich als Besitzer eines der größten Warenhäuser am Ort an die Spitze des Kampfbundes, wurde zu seinem Vorsitzenden erwählt und tags darauf zum Kommissar der Kampfbundbewegung in dem betreffenden Provinzialrat ernannt. Von nun an suchte jedes Bundesmitglied das andere in der Verwendung der nationalen Embleme bei der Schaufensterdekoration zu übertrumpfen und wer als nationaler Mann aus Gründen des Geschmacks glaubte, Zurückhaltung üben zu müssen, der spürte mit Schrecken aus Ton und Haltung seiner Mitkämpfer und Vorsitzenden Respektlosigkeit und Mißtrauen. So kamen die Fahnen- und Gurtanden-Decorationen des 1. Mai zustande. Man sah es den frisch ernannten Ehrenfunktionären des Dritten Reichs förmlich an, wie sie an den Häusern entlang im Geiste die Meterzahl der Gurtanden und Länge und Breite der Fahnen ausmachten. Des Abends, am Stammtisch, in irgendeiner Ecke eines Weinlokals, das weniger von der Klein- als der Groß-Bourgeoisie so einer Mittelstadt besucht wurde, war die Stimmung allerdings anders. Da trank man ein Glas und noch eines und einen Grog und noch einen. Dann war man so weit, daß man sich mit halblauten Worten über „die unmöglichen Zustände da oben“ verständigte. Dann wagten sich Worte über die Lippen, von denen man am Tage wußte, sie waren Verrot. Dann gewannen die Vorkommnisse hinter den Kulissen Gestalt. Und bezeichnet ist es, daß man in solcher Stimmung sogar mit den Juden irgendwelche Solidarität spürte und erzählte: „Wissen Sie schon, was dem Kaufmann Cohn passiert ist? Er schickt sein Auto zur Reparatur, einen ganz neuen großen Wagen. Das Auto kommt nicht zurück. Er ruft in der Reparaturwerkstätte an, ob er das Auto abholen könne. — Jawohl, aber nur gegen Barzahlung. — Ja, das sei doch aber ein ganz ungewöhnliches Vorgehen. Entweder er schicke das Geld oder er erhalte sein Auto nicht. — Was denn die Reparatur koste? 2000 Mark (sie war mit 150 Mark bezahlt). Ja, aber meine Herren, das ist doch unmöglich... Ob er sonst noch was zu sagen habe. Entweder er schicke das Geld oder er könne sich das Auto in den Kaufhaus schreiben. Worauf der Kaufmann Cohn mit Boten, der den Wagen gleich mitbringen soll, die 2000 Mark hinschickt. Worauf man dem Boten die 2000 Mark abnimmt und ihm erklärt, das Auto bekomme Herr Cohn überhaupt nicht mehr.“

Solche Geschichten gehen im Flüsterort weiter. Ob sie wahr sind? Man kann sie nicht nachprüfen. Den Herrn Cohn kann man nicht fragen, das wäre Einverständnis mit dem Juden. Den Besitzer der Reparaturwerkstätte erst recht nicht. Der ist Nazi und wenn das Gerücht nicht wahr ist, kommt man wegen übler Nachrede ran. Aber entscheidend ist es, daß man die Geschichte für durchaus möglich hält. Und der bürgerliche Bürger fühlt mit Entsetzen, daß der Boden auch seines wohlgeordneten Daseins eines Tages ins Wanken kommen kann. Wer darüber hinaus ein primitives Rechtsempfinden besitzt, empfindet zum erstenmal, was es heißt, in seinem Rechtsstaat mehr zu leben.

Zweimal in der Woche erscheinen nationalsozialistische Informationsblätter; sie heißen „Alarm“, „Beschl“, „Appell“ usw. Am den Wochenmarkt herum gehen sie reichlich ab. Die Hausfrauen stehen einmütig dem Einkauf beisammen und lesen darin. Die Auswärtigen machen bei einer Tasse Kaffee in der ortsbekanntesten Konditorei, die Bauern und Vorstadtflieger hinter ihren Erzeugnissen zwischen zwei Käufern. Es stehen immer interessante und sensationelle Nachrichten darin. Die Frau Professor als Vorkämpferin des Hausfrauenbundes hat die Erwerbslosenkartoffeln nicht rechtmäßig verteilt, der Herr Rechtsanwalt hat seine Stenotypistin miserabel entlohnt, der Herr Bauart hat verstanden, aus dem Stadtsäckel sich unrechtmäßige Einkünfte zu verschaffen, der Herr Mollekreibitz hat, als er vor Jahren den Betrieb kaufte, den damaligen Besitzer, der jetzt im Elend lebt, schändlich über Ohr gehauen, die neue Firma Schulze ist einfach die alte Firma Mandelbaum, und christlich getarnt, und außerdem gibt es jedesmal eine Liste von neu entdeckten jüdischen Geschäftsleuten in der Stadt. Die Verhaftungen erscheinen, wenn sie überhaupt an-

WASCHE NUR MIT HIRSCH-SEIFE

genommen werden, in einer der nächsten Nummern an völlig unscheinbarer Stelle in unscheinbarer Aufmachung als Zwei- bis Drei-Zeilennotizen. So wird der unpolitische und nicht nationalsozialistische Bürger durch Furcht und Angst für das Dritte Reich zurecht gepreßt.

Da haben sie gestern wieder Hausjudungen bei den Kommunisten gemacht und so viele Waffen gefunden, liest einer nach dem Abendrot im Familienkreis vor. Schrecklich, schrecklich, seufzt die Mutter. Warum diese Menschen bloß keine Ruhe geben können. Natürlich müssen ihnen die Waffen weggenommen werden. Das fehlt noch, daß die auch anfangen zu schießen. Und der Sohn liest weiter, daß in der ersten Sitzung der Stadverordneten-Versammlung die Sozi nun auch getrieben haben. Zwar waren zuerst noch neun da, aber nach der Pause sind nur noch drei gewesen. Ja, es waren nur noch drei. Jrgendwann treffen sich im Nachtdunkel zwei Menschen. Der eine fragt den anderen: „Warst du dabei?“ „Ja, ich war auf der Tribüne. In der Pause bin ich raus. Da haben sie die sechs rausgedrängt. Die Polizei hat daneben gestanden, nichts getan und mit den Achseln gezuckt. Die Frau von dem einen, auf den sie so furchtbar einschlugen, lachte immerzu zu den Polizisten: Retten Sie doch meinen Mann. Sie schlagen ihn ja tot! Aber sie drängten die Frau bloß zurück. Dann haben sie die sechs in die SA-Kaserne geschleppt. Ten einen, den mit der Frau, habe ich heute gesehen im Krankenhaus. Er ist ganz schwarz im Gesicht und am ganzen Körper. Aber der Arzt meint, er wird am Leben bleiben.“ Und es flüstert weiter durch die Nacht: „Weißt du es schon mit W?“ „Dem Reichsbannerführer?“ „Ja. Gestern ist geschieden. Er kam zurück wegen einer Familiensache. Sie hatten ihn gerade so im Krankenhaus zusammengeklippt. Bei der Polizei hat er sich nicht gemeldet und die sagen ihm, sie würden aufnehmen, er solle aber nicht länger als zwei Tage bleiben. Raum war er in der Wohnung, war auch schon die SA da. Sie holten ihn vom Kaffeetisch fort. Heute früh ist es ins Krankenhaus eingeliefert worden. Eingeschlagener Schädel. Vielleicht haben sie gleich gemacht. Der Polizeiarzt hat als Todesursache „Herzschlag“ festgestellt. Der Direktor des Krankenhauses will an die Regierung schreiben. Die Schwester hat es mir gesagt. Er hat neulich ratlos die Achseln gezuckt. „Ich weiß nicht mehr, wo ich da hicken soll.“ hat er gesagt. „Rücken und Gesicht sind nur noch eine formlose Fleischmasse. Die sollen von oben herkommen und die Leute ansehen, wenn sie eingeliefert werden. Ich kann da nichts mehr machen.“ hat er gesagt. Und in der Totenkammer liegen noch zwei, die kann man gar nicht mehr erkennen, erzählte mir die Schwester...“

Frieda Werner.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ueberproduktion in USA.

Neue Krachgefahr der Dollarentwertung.

Das Musterland des modernsten Kapitalismus, Nordamerika, zeigt am deutlichsten sein doppelt drohendes Janusgesicht. Erst die furchtbare Krise infolge der rationalistisch gesteigerten Ueberproduktion, gewaltigste Arbeitslosigkeit fast ohne öffentliche Fürsorge, dann den weiterwüthenden Handstreich der Dollarentwertung, die das heiligste Symbol des Systems entweicht und dadurch den Glauben an dieses System Nichtigkeit und Ewigkeit schwer erschüttert — und nun bereits wieder Ueberproduktion, die dem neuen Krach zuzulauern droht.

Ein Anzeichen der Preise, das der Geldentwertung folgte, war der Anreiz zur Ueberproduktion für die Industrie und Roosevelt's schnelle Einschränkung der kaum begonnenen staatlichen Versuche einer Produktionsregelung haben diesen Anreiz noch verstärkt. Gewaltige Warenlager sind bereits aufgehäuft, lange bevor die Kaufkraft der solange verelendeten Massen diese Produkte wieder erschwingen kann. General Hugh Johnson, der Leiter der Roosevelt'schen Wiederaufbaukommission, hat eine Warnung vor diesem Produktionsfieber veröffentlicht, daß die USA. in einen neuen Zusammenbruch zu treiben drohe. Der Freie Gewerkschaftsbund American Federation of Labor unterstützt Johnson in seinen Bemühungen und beleuchtet die Situation durch bezeichnende Feststellungen. Danach ist die Produktion in USA. vom März bis Mai dieses Jahres um 35 Prozent, die Löhne aber sind nur um 7 Prozent gestiegen. Während die Produktion nahezu schon wieder die Höhe von 1929 erreicht hat, steht die Kaufkraft der Arbeiter um 57 Prozent hinter dem damaligen Stand zurück!

Ein Teil der Industrie will durch Festsetzung von Mindestlöhnen, Verbot der Kinderarbeit (!), 40-Stundenwoche und kommerzielle Maßnahmen der neuen Krachgefahr vorbeugen. Präsident Roosevelt will sich drahtlos an das ganze Volk wenden, Gewerkschaftsführer Green fordert einen Mindestlohn von — umgerechnet — 330 K wöchentlich, die Industrie spricht von 240 K, aber erst ein Teil der Fabrikanten ist auch nur dazu bereit. Schon befürchten die Wohlfahrtsbehörden ein neues Sinausschmelzen der Arbeitslosenjahrl.

Das militärische Gesicht des Arbeitsdienstes.

Von F. Z.

Noch vor wenigen Monaten wurde in Deutschland der freiwillige Arbeitsdienst zur Ausführung von bestimmten Arbeiten verwandt. Wohl war es vermehrt der still arbeitenden Bürokratie den ewigen Friedensstörern gelungen, Stück um Stück an der Selbstbestimmung der Dienstwilligen abzubauen und an deren Stelle die unbedingte Unterordnung unter den Führer zu setzen. Mit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland verschwand auch der letzte Rest von Demokratie und Rücksicht. Die bisher offenen Arbeitslager wurden in geschlossene Lager umgebaut. Das heißt, der Schritt von der getarnten Erfassung der Jugendlichen zu militärischen Zwecken, zu planmäßigem militärischen Drill wurde in der Absicht vollzogen, die militärtechnische Ausbildung der deutschen Jugend vor dem Auslande mit dem Deckmantel des Arbeitsdienstes zu verhallen.

Sehen wir uns die Lager des Arbeitsdienstes an. Ohne vorerst die inneren Verhältnisse zu untersuchen, genügt zunächst die äußere Betrachtung eines beliebigen Lagers. Diese Lager sind meist in kleinen Städten in leerstehenden Fabriken untergebracht, die vollends kasernenmäßig eingerichtet wurden und alle Ähnlichkeiten mit militärischen Kasernen aufweisen. Da sind die gleichen, oft noch verschärften Hausordnungen wie in der Militärkasernen. Da ist die Tageseinteilung, die von einer „Arbeit“ nichts kennt. Der Tag wird, abgesehen von kleinen Handlungen, ausschließlich mit dem Drill von wehrsportlichen Übungen und rein militärischen Übungen, wie Schießen und dergleichen, ausgefüllt. Besonders unter der Parole „Luftschläge“ wird militärische Ausbildung getrieben. Es gibt praktische Kurse im Bau von Flugzeugen, die Grundregeln des Segelfliegens, sowie des Fliegens überhaupt, werden von eigens geschulten „Sportlehrern“, die engste Fühlung mit der Reichswehr besitzen, den „Arbeits“dienstlern beigebracht. Schon allein die Tatsache, daß ausgeprobene militärische Fachleute die Führung über die Arbeitslager haben, beweist, daß der „Arbeitsdienst“ ein Erprobungs- und Schulungslager für die allgemeine Wehrpflicht ist. Für das Ausland gilt die „Arbeitsdienstpflicht“ als die Unterbringung von arbeitslosen Jugendlichen, in Wirklichkeit ist es eine großangelegte, aber schlecht getarnte militärische Organisation, die ganz bestimmte Funktionen für einen von den friedliebenden Holenkreuzlern vorbereiteten Krieg zu erfüllen hat. Die deutsche Wehrmacht ist ein Heer von Technikern, die Arbeitsdienstler sollen das Heer der „gemeinen Soldaten“ bilden. Die Ausbildung läuft durchaus darauf hinaus. Werden doch schon die kleinsten Unterführer, die von der SS oder SA gestellt werden, auf Brauchbarkeit und wehrtechnische Kenntnisse hin geprüft. Ein Tag im „Arbeits“lager kennt fast nichts anderes als wehrtechnische Stunden. Übungen am Sandschießen, an den Gräben und Apparaten — das ist die Ausbildung der Arbeitsdienstler! Sehr häufig werden Fachkräfte der Reichswehr herangezogen. Das alles wird natürlich vor dem Ausland geheim gehalten. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf spielt Deutschland den Unterdrückten, der keinerlei Wehrmacht besitzt. Zur Bekräftigung der Rüstungsplanung kam die Komödie vom „feindlichen Fliegerangriff über Berlin“, den allerdings niemand gesehen hat, weil er nur im Kopfe der gegenwärtigen Minister existierte. Deutschland hat keine Waffen! Das ist der tägliche Schrei. Tatsächlich aber stehen genug der nötigen Maschinen und Materialien bereit, um die modernsten Wundwerkzeuge zu erzeugen.

Der Arbeitsdienst liefert außer der Möglichkeit des nötigen militärischen Menschenmaterials noch das Pflegepersonal für den gewaltigen Maschinenpark der großen, stillgelegten Fabriken.

die zur Herstellung von Kriegswaffen Verwendung finden und eigens hierzu eingerichtet worden sind. Ganze Arbeitskommandos werden regelmäßig in diese Fabriken geschickt zur ständigen Pflege dieser Einrichtungen.

Aber noch mehr. Bei den Manövern der Reichswehr werden nicht nur die Führer herangezogen, auch ganze Kolonnen leisten Dienst dabei.

Sehen wir uns zum Schluß noch äußerlich einen Arbeitsdienstpflichtigen an. Schon auf den

ersten Blick verrät er eher den Soldaten, als einen Arbeiter. In Uniform steht er da, mit Koppel und Seitengewehr, Sturmhaube und ältere Lager auch mit Patronentaschen. Daß das eine Monitur zum Arbeiten ist, wird niemand zu behaupten wagen. In vielen Lagern, die zur Wehrstandhaltung bestehen sollen, sind nicht einmal genügend Schaufeln für alle vorhanden. Weil eben eine Arbeitsleistung im wesentlichen Sinne gar nicht geplant ist. Vorbildung ist militärische Schulung.

Deutschland setzt unter der Tarnung des Arbeitsdienstes mit aller Energie die Wiederaufrüstung fort!

PRAGER ZEITUNG.

Achtung vor Nazispißeln! Vor einigen Tagen wurde in einem Prager Kaffeehaus ein Mann von der Polizei sichergestellt, der in dringendem Verdacht steht, sich als Spitzel der reichsdeutschen Nazischmäh zu betätigen. Er hat sich mit einem österreichischen Paß ausgewiesen, der auf den Namen Wilhelm Braunstein lautet. Wie die Polizei erhoben hat, ist der Sichergestellte in Prag ordnungsgemäß gemeldet und hat bis zum ersten Juni in einer Prager Kugellagerfabrik gearbeitet; über seine jetzige Tätigkeit konnte keine befriedigende Aufklärung erhalten werden. Braunstein hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er wiederholt in einem der Prager Kaffeehäuser gesehen wurde, wie er die dort verkehrenden Emigranten beobachtete und sich anscheinend Notizen machte. Die Prager Polizei ist sofort in anerkennenswerter Weise eingeschritten und wird durch die politische Abteilung nähere Erhebungen über die jetzige Tätigkeit des Sichergestellten einleiten. — Die Tatsache, daß in der letzten Zeit an den Orten, wo deutsche Flüchtlinge verkehren, wiederholt verdächtige Gestalten beobachtet werden konnten, mahnt zu größter Vorsicht jedem scheinbar Vertrauenswürdigem gegenüber. Die Prager Polizei ist gewillt, dem Spitzelwesen entgegenzutreten und den Flüchtlingen zu helfen, daß ihr Los durch die verächtliche Tätigkeit der Spitzel nicht erschwert wird.

Kunst und Wissen

Die Wiener Komiker mit ihrem Ensemble sehen ihr abwechslungsreiches Gastspiel in der Kleinen Bühne fort. Franz Engel als Conférencier und als Darsteller in seinen dramatisierten Wiken von Einminutendauer unterhält das Publikum ausgezeichnet und bleibt selbst dort noch sympathisch, wo die Grenzen der „Salonsfähigkeit“ deutlich überschritten sind. Im dritten Programm stellte sich Carl Goldner neuerdings als erster Schauspieler wirkungsvoll in den Vordergrund; Paul Czinner's „Satan's Mask“ brachte ihm verdienten Erfolg für eine wiederum bravouröse Leistung. G.

Sport • Spiel • Körperpflege

Große Erfolge des finnischen Arbeitersports.

Der heutige Sommer sah den finnischen Arbeitersportbund (TUL) bereits in größter Aktivität. Die Kreisfeste in den Städten Helsinki, Tampere, Viipuri und in andern Orten brachten eine aktive Beteiligung und Zuschauerzuzug, wie sie bisher noch nie erreicht wurden. In Helsinki beteiligten sich am Kreisfest 1300 Mitglieder, in Tampere war das Kreisfest mit 1850 Teilnehmern und 5000 Zuschauern ein großer Erfolg für die finnische Arbeitersportbewegung. Ebenso waren alle andern Feste im Lande Erfolge für den TUL, der seine Erziehungsarbeit und mühevollen Tätigkeit ohne einen Pfennig Staatsbeihilfe durchführt. Trotz der großen Erwerbslosigkeit und starken Lohnsenkungen vermachte der Bund seinen Mitgliederstand auf 34.000 Mitglieder zu erhöhen. Zieht man die geographischen Verhältnisse unseres Landes in Betracht, in dem die Dörfer stundenweit voneinander liegen, kann man erst erkennen, wie stark unser Bund bei einer Bevölkerungszahl von dreieinhalb Millionen Menschen ist.

Die Stafettenläufe in Helsinki, Tampere, Viipuri, Kotka, Turku usw. brachten eine Rekordbeteiligung der Vereine. So waren in Helsinki 27 Mannschaften zu 20 Mann, in Tampere 33 Mannschaften zu 12 Mann und in Kotka 23 Mannschaften zu 15 Mann am Start. Beim internationalen Sportfest in Turku stellte Bärland mit 15.05 Meter im Kugelstoßen eine neue internationale Bestleistung auf. Der Norweger Pevik lief über 800 Meter mit 1:57.8 einen norwegischen Rekord. In Helsinki lief Ruppola 100 Meter in 10.9 Sekunden und beim Sportfest in Oslo in 10.8 vor dem Norweger Hansen mit 10.9 Sekunden. Die 1000-Meter-Stafette gewann Turun Toverit vor Oslo Rallo in 2:06.5. Selgesen siegte im Hochsprung mit 1.74 Meter, Nummela in der Schenklerball 50.54 Meter weit. Die 200 Meter bewältigte Ruppola in 23.2 vor Hansen, der 23.3 lief. Takkinen warf den Speer 57.94 Meter und den Diskus 36.75 Meter weit. Die Zusammenarbeit mit Norwegen ist erzieherischerweise inniger geworden.

I. O. (Helsinki).

Bürgerlicher Sport

DfC. Prag — Meister des DfB.

DfB. Gablonz verliert 3:0 (1:0).

Mittwoch fiel in Prag die Entscheidung, wer Meister des DfB. wird. Aber noch nie hat der DfC. mit so viel Glück das Endspiel gewonnen wie diesmal. Mit Glück deshalb, weil der Gablonzer Sturm mehr reellere Torchancen, aber keine Schützen hatte und dadurch das Spiel verlor. Bei den Gästen war das Schlußtrio und der Mittelläufer am besten, die Seitenhalbes befriedigten und der Angriff kombinierte wohl zeitweise entsprechend, doch keiner der Fünf konnte schießen! Beim Sieger, der seinen Erfolg in den letzten Minuten etwas unbedient errang, war der Angriff der bessere Teil, das Half dagegen ließ zu wünschen übrig (Schillingler und Wahner zeichneten sich durch einige grobe Fouls aus) und das Schlußtrio wird in der Staatsmeisterschaft wohl keine Lorbeeren ernten.

Schiedsrichter war Herr Duben (Tepliz), den man in der Reflektoren als den geeigneten Leiter

bezeichnete, jedoch keiner Sendung nicht gerecht wurde und die Gablonzer arg benachteiligte. DfC. erringt durch diesen Sieg zum achtenmal den Titel eines Meisters des DfB.

Der Film

Bilanz des Tschechenfilms 1932.

Nach dem jetzt veröffentlichten Rechnungsabluß der Prager Filmateliers für 1932 wurde bei einem offiziellen Umsatz von über 11 Millionen K ein Reingewinn von 418.082.71 K erzielt; der Staat ist also am heimischen Film, der so offiziell unterstützt wird, mit einer Erwerbsteuer von etwa 150.000 Kronen interessiert; wieviel andererseits die sechs Verwaltungsräte an Lantien und Dividenden bekommen haben, wird nicht kundgetan. Verteilt wurde eine 10prozentige Dividende, die bei der Generalversammlung vertretenen 5500 Aktien sind in Händen von neun Aktionären. Zum Zwecke der Finanzierung des Neubaus der Ateliers wurde bei der Landesbank in Böhmen eine Anleihe von 5 Millionen K aufgenommen, der Staat hat für die Bezahlung der Zinsen und Annuitäten garantiert. Nach einer 10prozentigen Abschreibung beträgt der Bauaufwand bis Ende 1932 über 6 Millionen Kronen, der Reingewinn ist also in Wirklichkeit um ca. 900.000 K größer, welcher Betrag der Abschreibung entspricht. Erzeugt wurden 30 Filme, davon sieben in Eigenproduktion der Ateliers. Diese Filme entsprechen einem Erzeugungsaufwand von mindestens 20 Millionen K, wovon auf das Atelier mindestens 13 entfallen; in Anbetracht dieser Zahlen ist der ausgewiesene Reingewinn wirklich auffallend niedrig und man geht nicht fehl mit der Annahme, daß eben die selbst erzeugten Filme mit Verlust abgeschlossen haben. Jedenfalls zeigt diese Bilanz, daß der Staat und die Öffentlichkeit am heimischen Film fast gar nicht finanziell interessiert sind; die Aktionäre und Funktionäre der Gesellschaft können aber mit Recht anderer Meinung sein, was nur schwer kontrollierbar ist. Bearbeitet wurde in den Ateliers 220 Tage, an Leihmiet für die Tonapparatur wurden darum über 2½ Millionen genommen; da die Apparatur ungefähr 1½ Millionen gekostet hat, ist auch daraus ersichtlich, daß die Filmerei eine ganz einträgliche Sache wurde. Im Bilanzbericht bedankt sich die Leitung der A.B. Akt.-Ges. für den Schutz durch die Kontingentmaßnahmen; wenn daraus nicht mehr als eine halbe Million Reingewinn zu erzielen ist, so wäre es wohl an der Zeit, den Kinos, welche hohe Abgaben zahlen, durch Öffnen der Grenzen neue Filme zu verschaffen und so den Umsatz im Interesse des Staatsfiskus zu heben. Denn die Bilanztechnik einer Aktiengesellschaft und ihre Wirtschaftsführung scheinen für die Öffentlichkeit weniger zu bieten, als die Kinos, die von jeder verkauften Karte direkt Abgaben bezahlen müssen. W. Lg.

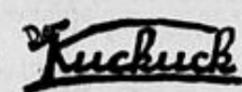
Vereinsnachrichten



Ortsgruppe Prag. Treffpunkt am Sonntag, den 16. Juli: 7 Uhr früh, Endstation Podbaba. Führung: Winternik.

Literatur

„Selbstmord einer Demokratie.“ Unter diesem Titel ist im Verlag der „Graphia“ Karlsbad eine Broschüre von Otto Friedrich erschienen, die sich mit dem Werdegang des deutschen Faschismus und dem Untergang der Weimarer Republik gründlich und nach ersten soziologischen Gesichtspunkten auseinandersetzt. Der Verfasser — ein unter anderem Namen in der internationalen Arbeiterbewegung bekannter Genosse — vertritt mit Leidenschaft und zugleich mit wissenschaftlichem Ernst die These, daß die deutsche Demokratie nicht zwangsläufig unter die Räder eines übermächtigen Schicksals geraten ist, sondern daß sie gewissermaßen Selbstmord begangen hat, indem sie darauf verzichtete, eine wehrhafte, aktive Demokratie zu sein. Es fehlte ihr an Lebenswillen und sie sah untätig dem Erstarken ihrer Feinde zu. Die Erklärung hierfür findet Otto Friedrich in den sozialökonomischen Verhältnissen Deutschlands, aber auch in der typisch deutschen Amerikaner-Ideologie, die zur Waffe gegen dieselbe Demokratie ausarten mußte, der sie politische Freiheiten und Rechte verdrängte. — Wer die deutsche Entwicklung verstehen, wer aus ihr lernen will, versäume nicht, diese antogende und auch für unsere Verhältnisse nützliche Erkenntnisse beiseite zu lassen. Sie ist im freien Buchhandel um 2.50 Ks. für sozialistische Organisierte um 2 Ks. käuflich und bei größeren Bestellungen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen zu beziehen. Ihr Umfang beträgt 48 Seiten, der Umschlag ist eine ausgezeichnet ausgeführte Photomontage.



Die größte illustrierte Wochenschrift. Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich.

Andre Zeiten — andrer Sinn.

Wie sich die Bedeutung von Wörtern ändert. Von Hans Reimann.

Es war einmal, sie war einmal, er war einmal, und jetzt sind sie anders; nämlich die Bedeutung und der Sinn eines Wortes. Jawohl, ich will davon reden, wie sich der Inhalt manchen Wortes im Laufe der Zeiten geändert hat. In eilichen Redensarten und Zusammenlegungen blieben ursprüngliche Bedeutung und alter Sinn erhalten. Zuweilen jedoch ging die Erinnerung an das Einst völlig verloren.

Was war noch bei Orphius (1630) nachzuweisen etwas Ebares. Wenn Rehe äßen, tun sie es im Hinblick auf die Vergangenheit. — Ehedem wurde „abgefeimt“ als „geläutert“ verwendet, doch tauchte es bereits Mitte des 15. Jahrhunderts im Sinne von „raffiniert“ auf. — Der Ahne war entweder ein Großvater (ano) oder eine Großmutter (ane) und nichts darüber hinaus. — Für „aufrichtig“ lagten unsere Ahnen: alawäre; und das verschliff sich zum heutigen „albern“. — Vase war die Schwester des Vaters. — Brunst bedeutete Brand, und Ding bedeutete Gerichtsverhandlung (Bedingung, dingfest machen). — Wer im Elend lebte, der befand sich (bis zu Ludwig Uhland) im Ausland. — Eine Ede bezeichnete das Schlarpe und Spitzige. — Ein feiger Mensch war ein dem Tode verfallener Mensch, ein frecher war ein mutiger und ein geiler, ein fröhlicher. — Getreide (getregebe) nannte man das Errögnis jeglicher Art. — In „gerben“ steckt die Wurzel „gar“, und so verstand

man unter „gerben“ schlechtthin das Bereiten, das Garmachen. — Das Wort „Mitgift“ bewahrt die alte Sift, die dem weiblichen Geschlechte und unglücklich war: die Gabe. — Wer denkt daran, daß „häßlich“ das Eigenschaftswort zu „Dah“ ist und „feindselig“ bedeutet hat? — Ein Kaffaktor war einer, der warm machte, also ein Heizer (cale factor). — Im englischen „clean“ und in unserem „Reinod“ haben wir den wahren Begriff des Kleinen: „Klein“ war glänzend, kostbar. — Ein hurtiges Pferd hieß ein Klepper. — Das im 12. Jahrhundert einer unbekannten Quelle entprungene „flug“ hatte die Bedeutung von „sein“. — Der Knecht war ein männliches Kind und alsdann (siehe Landsknecht) ein Krieger. — Unter „Kopf“ verstand man einen hohlen Gegenstand, später einen Becher, später als Bild eine Hirnschale und schließlich das Haupt. — List war: Weisheit. „Leib“ war: das Leben. Eine Leibrente ist keine Rente, sondern eine Lebensrente. — „Leiche“ war: der Körper. Zeugnis davon legt der Leichdorn ab (das Bühnerauge). Wer einen zweiten Menschen gleich war, der hatte denselben Leichnam, dieselbe Leiche (geleich), und wer einem zweiten Menschen nicht aufs Haar gleich, ihm vielmehr annähernd gleich, der war ihm ähnlich. — Noch Luther schreibt „liederlich“, wenn er „geringsfügig“ meint. Vorher war es: zierlich. — Luder, ohne irgendwelchen Lebenssinn, wurde für „Lockspeise“ gebraucht. — „Mal“ war die Zeit des Mahles, die Mahlzeit und im weiteren Sinn: die Zeit. — „Sinnemalen“ bedeutet nicht mehr und nicht weniger als: seit dem Mal. — Eine Memme war kein Feigling. Memme war die Mutterbrust.

— Wer sich vermittelnd ins Mittel legte, zeigt uns, daß „Mittel“ das nämliche war wie: die Mitte. — Ruhme nannte man die Schwester der Mutter. — Der Pfaffe, ohne Beigehsmod, war: der Geistliche (siehe: Pope). — Aus der Diabospast dürfen wir schließen, daß „Pöst“ eine Nachricht war. — Und was war eine Ränge? Sie war ein Mutterstweine. — Ein redlicher Mann war ein verständiger und nicht etwa ein ehrlicher Mann. — Ein schäbiger Mann war ein ausfahiger und nicht etwa ein geiziger Mann. — Und ein Schall war ein Mann mit niedriger Gesinnung. — Und ein Schelm? Ein Schelm war mit nichts ein Schall. Der tote Körper hieß „Schelm“. — Unser „schimpfen“ war gleichbedeutend mit: scherzen. — In „schlecht und recht“ werden wir der ursprünglichen Beschaffenheit des Wortes „schlecht“ inne; es war dasselbe wie: schlicht. — „Schlimm“ hatte den Sinn von: schief oder schrag. — Mit „Schund“ tun wir Minderwertiges ab. Es war dereinst: der Bals. (Siehe: Schinder und Schindmähre). — Wer sich verschluckte und wer etwas verschluckte, der schwelgte; denn „schwelgen“ war: verschlucken. — Die Vernunft war: das Vernehmen. — Ein verwegener Bursche war einer, der sich beim Wägen, beim Verwiegen irrte; war einer, der falsch gewogen hatte. — Der Wetter war des Vaters Bruder. — Besitze ich wenig Geld, so ist mein Geldbesitz kläglich; zum weinen (wenig). — „Wicht“ war: das Ding, die Sache, das Etwas. — „Witz“ war der (in Mutterwitz und Gewitzheit erhaltene) Verstand. — Nun sind wir wohl am Ende. Das ist „wohl!“ Wohl ist: nach Wunsch (von „wollen“). Wieder was gelernt.

Verleger: Friedrich Zent — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stava, Prag. — Druck: K. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Polik. — Die Zeitungsmastentanz wurde von der Post-Verwaltung genehmigt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Ks 18.—, vierteljährlich Ks 48.—. — Inserate werden laut Tarif täglich berechnet, bei älteren Einzahlungen Preisnachlass. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Reklamations.